Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint wöchentlich sechs mal. Bezugspreis halbmonatlich 1.20 Mark, Einzelnummer 15 Pfg. Druck u. Verlag von C. Braus, Schwerte (Ruhr). Postscheckkonten: Dortmund 2852 und Hannover 21 874. Geschäftsstelle: Große Marktstr. 3—5. Verantwortlich für die Schriftleitung H. Linner, Schwerte. Fernruf 62.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Westhofener Zeitung, Ardeyer Zeitung, Langschede Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Anzeigen-Preis: Für die achtgespaltene Millimeterzeile 6 Pfg., Auswärtige 10 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Für telefonisch aufgegebene Inserate übernehmen wir keine Gewähr. Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Anspruch auf Schadenersatz oder Nachlieferung erhoben werden.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde • Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises • Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr 69 (Erstes Blatt) — Schwerte (Ruhr), Dienstag, den 23 März 1926. — 59. Jahrgang.

Neues in Kürze.

Vor der Räumung des Saargebiets?

wp. **Saarbrücken,** 22. März. (Tel.) Am Quai d'Orsay wurde Freitag abend, wie die Saarbrücker Zeitung aus Paris meldet, erklärt, daß infolge der Erhöhung der saarländischen Polizei auf 1005 Mann das französische 18. Infanterie-Bataillon aus dem Saargebiet zurückgezogen werden wird und auch die übrigen französischen Truppen das Saargebiet in kürzester Frist räumen werden. Die Truppen werden jedoch, wie der Quai d'Orsay weiter erklärt, in Forbach und Bitsch in möglichster Nähe des Saargebiets untergebracht und die Regierungskommission behält sich das Recht vor, die Truppen im Falle schwerer Störungen des öffentlichen Lebens zur Unterstützung heranzuziehen.

Beileidstelegramm des Reichspräsidenten an den König von Dänemark.

wtb. **Berlin,** 22. März. (Tel.) Der Herr Reichspräsident hat folgendes Beileidstelegramm an den König von Dänemark gesandt: „Euer Majestät und Ihrer Majestät der Königin bitte ich, meine aufrichtigste Teilnahme anläßlich des Ablebens Ihrer Majestät der Königin-Mutter aussprechen zu dürfen."

Ablauf der Frist für die Anmeldung von Reichsanleihen alten Besitzes.

Berlin, 22. März. (Tel.) Am 31. März 1926 läuft die Frist für die Anmeldung von Reichsanleihen alten Besitzes ab. Die Anmeldung muß bei einer Bank, Sparkasse oder Genossenschaft bis zu diesem Termin auf dem vorgeschriebenen Formular erfolgen. Die Frist wird nicht verlängert. Nach Ablauf der Frist können auch für Altbesitzanleihen des Reiches nur noch die Rechte der Neubesitzer verlangt werden.

Die Wahl des Grafen Westarp zum Parteivorsitzenden gesichert.

pw. **Berlin,** 22. März. (Tel.) Nach einer Meldung der Deutschen Tageszeitung hat der Landesausschuß der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern beschlossen, die Wahl des Grafen Westarp zum Reichsparteivorsitzenden zu unterstützen. Wie das Blatt bemerkt, kann die Wahl des Grafen Westarp als gesichert gelten.

Kreuzer „Berlin" zurückgekehrt.

wtb. **Berlin,** 22. März. (Tel.) Das Reichswehrministerium teilt mit: Der Kreuzer Berlin ist von seiner Auslandsreise zurückgekehrt und in den Kieler Hafen eingelaufen.

Keine Landtagsauflösung in Sachsen.

pw. **Berlin,** 22. März. (Tel.) Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages lehnte heute mit 21 gegen 17 Stimmen einen Antrag des linken Flügels ab, im Landtag einen Antrag auf sofortige Landtagsauflösung einzubringen. Die Linkssozialisten erklärten darauf, sie würden einen solchen Antrag selbständig einbringen. Eine Ablehnung ist jedoch sicher.

Eine Niederlage der „Trockenleger" in Amerika.

pw. **Berlin,** 22. März. (Tel.) Von einer Anzahl von mehreren hundert amerikanischen Blättern war in einem Teil der Vereinigten Staaten eine Abstimmung über eine Milderung oder Aufhebung des Alkoholverbots veranstaltet worden. Nach dem vorläufigen Ergebnis sind 3½ Millionen Stimmen abgegeben worden, von denen sich vier Fünftel zu Gunsten einer Abänderung des Alkoholverbots ausgesprochen haben. Sämtliche Städte mit größerer Einwohnerzahl haben sich mit großer Mehrheit gegen die Prohibition entschieden. Die einzigen Staaten, in denen keine Mehrheit erzielt wurde, sind Kansas, und Nord- und Südkarolina.

Tagung der internat. Union für Radiotelephonie.

wtb. **Genf,** 22. März. (Tel.) Heute findet eine Vorkonferenz der Hauptvertreter des europäischen Radiowesens im Rahmen der Tagung des Rates der Internationalen Union für Radiotelephonie statt. Die Konferenz wird die mit der raschen Entwicklung der Radiotelephonie zusammenhängenden Fragen erörtern und besonders die Frage der Aufstellung eines neuen Planes für die Zuteilung der Wellenlängen an die europäischen Radiostationen prüfen, um gegenseitige Störungen zu verhindern.

Die deutschen Reparationslieferungen für Frankreich.

wtb. **Paris,** 23. März. (Tel.) Auf eine Anfrage des Senators de Luberjac teilte der Finanzminister mit, daß Deutschland für die Zeit vom 2. Oktober 1919 bis 30. November 1925 auf Reparationskonto für Lieferungen an Frankreich gutgeschrieben worden sind für Kohle und Brennmaterial 1 072 238 808,34 Goldmark, für Lieferung von Benzol, Teer und andere Nebenprodukte 51 430 948,57 Goldmark, zusammen 1 123 719 756,91 Goldmark.

Ankauf eines Schlosses in der Schweiz für den ehemaligen deutschen Kaiser?

wtb. **Paris,** 22. März. (Tel.) Wie Havas aus Genf erfährt, sollen Verhandlungen wegen des Ankaufs des Schlosses Prevano, 15 Minuten von Lugano entfernt, im Gange sein, das dem ehemaligen Kaiser Wilhelm, falls die Mächte ihm gestatten würden, Doorn zu verlassen und in der Schweiz Aufenthalt zu nehmen, als Wohnsitz dienen würde.

Verurteilung eines ungarischen Abgeordneten.

wtb. **Budapest,** 22. März. (Tel.) Der Budapester Staatsgerichtshof verurteilte heute den Nationalversammlungs-Abgeordneten Graf Andreas Jankowich-Besan, der in einer Bar den inspizierenden Polizeibeamten tätlich angriff, zu drei Monaten Gefängnis und drei Millionen Kronen Geldstrafe, drei Jahren Amtsverlust und Aufhebung der politischen Rechte auf dieselbe Dauer.

Eine Völkerbundsdebatte im Reichstag.

182. Sitzung des Reichstages.

wtb. **Berlin,** 22. März. (Tel.) Die Sitzung wird um 11 Uhr eröffnet.

Die Diplomatenloge und die übrigen Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung stark besetzt, während der Saal sich nur langsam füllt.

Die Mitglieder des Kabinetts mit dem Reichskanzler Dr. Luther an der Spitze sind zum größten Teil erschienen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird auf Antrag des Abg. Guérard (Str.) beschlossen, mit den auf der Tagesordnung stehenden Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts zu verbinden

die zu den Genfer Verhandlungen vorliegenden Interpellationen.

Bei nur mäßig besetztem Hause erstattet zunächst Abg. Dr. Hoetzsch (DN.) den Bericht des Haushaltsausschusses über den Haushalt des Auswärtigen Amts.

Dann nimmt das Wort

Reichsaußenminister Dr. Stresemann:

Im Augenblick ist es meine Aufgabe, über die Genfer Vorgänge zu berichten. Das ist umso notwendiger, als ich zu meinem größten Bedauern feststellen mußte, daß sogar das größte deutsche Landesparlament (der preußische Landtag) am Samstag in eine Beratung über Genf eingetreten ist, ohne überhaupt eine Darlegung der Reichsregierung abzuwarten. (Hört, hört! links.) Aus der Vorgeschichte der Genfer Verhandlungen war besonders bemerkenswert, daß der Völkerbundsrat als geschlossene Körperschaft im Februar 1925 den Wunsch aussprach, mit Deutschland im Rate zusammen zu arbeiten. Deutschland hat sich nach Ueberwindung schwerer grundsätzlicher Bedenken zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen, aber es hat sich dazu nicht gedrängt. Zwei Mal ist Deutschland berufen worden: einmal aus der Völkerbundsversammlung 1924 heraus, das zweite Mal auf Wunsch der Mächte, die den Locarnofrieden nur unter der Bedingung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbundsrat abschließen wollten. Daraus entstand die Pflicht dieser Mächte, alles zu tun, daß dieses Inkrafttreten der Locarnoverträge ermöglicht werde, nachdem sie selbst die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbunde als Kernstück der Locarnoverträge bezeichnet hatten. (Sehr richtig!) Umso seltsamer war, daß kurz nach dem Ersuchen Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund Mitteilung darüber auftauchte, die davon sprach, daß eine Rekonstruktion des Völkerbundsrates erfolgen sollte, daß drei Mächte Anspruch auf ständige Ratssitzung erhöhen, daß anacolutisch Versprechungen in dieser Richtung gemacht worden wären. Die deutsche Reichsregierung hat in ihrem auswärtigen Ausschuß am 19. Februar eine Entschließung dahin gefaßt, daß Deutschland entsprechend den gepflogenen internationalen Verhandlungen bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes Anspruch auf einen Ratssitz ohne weitere Aenderung des Rates hat. Die Stellung der deutschen Reichsregierung ist in der bekannten Hamburger Rede des Reichskanzlers präzisiert und festgelegt worden. Man stand allgemein auf dem Standpunkt, daß die Aufnahme Deutschlands das einzigste Ziel der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes sei. Die Anspruche Spaniens, Brasiliens und Polens fanden in diesem Augenblick starke Widerstände, am stärksten in der englischen öffentlichen Meinung. Die schwedische Regierung hatte der deutschen offiziell mitteilen lassen, daß sie gegen jede Vermehrung der ständigen Sitze im Rate, die über die Zuteilung Deutschlands hinausgingen, auch dann stimmen würde, wenn sie mit diesem Standpunkt allein stehe. Die deutsche Delegation konnte daher mit dem Gefühl nach Genf reisen, daß tatsächlich die Entscheidung in der Aenderung des Rates über den deutschen Eis hinaus negativ gefallen sei.

Die deutsche Regierung hat, als andere Tendenzen bekannt wurden, auf das stärkste ihren Standpunkt gewahrt. Auf Anregung Chamberlains fand dann jene erste, vielleicht entscheidendste Sitzung der Rheinlandpaktmächte in Genf statt. Durch den Sturz Briands wurde die Situation erschwert, aber die Auffassung einzelner Organe in Deutschland, daß der Sturz des staatsmännischen Briand in diesem Augenblick ein Manöver sei (Sehr richtig! rechts) ist absolut unhaltbar.

Die deutsche Delegation ließ keinen Zweifel, daß für sie eine Vermehrung der ständigen Ratssitze im Zusammenhang mit der Tagung des Völkerbundes über die Aufnahme Deutschlands, das Zurückziehen des Aufnahmegesuches im Gefolge haben würde.

Von einem früher bekannt gewordenen Anspruch Polens auf einen ständigen Ratssitz konnte umsoweniger die Rede sein, als Polen nicht einmal bei einem nichtständigen Ratssitz die nötige Mehrheit im Völkerbunde hat (Sehr wahr!) und wenn einem anderen Staat gesagt worden ist, daß bei Eintritt einer Großmacht in den Rat auch seine Ansprüche geltt werden würden, konnte sich eine derartige Wendung nur darauf beziehen, daß die Frage der Zusammensetzung des Rates in ihrer Gesamtheit Gegenstand der Beratungen wäre. Höchstens hätte diese andere Macht Deutschland ihre Ansprüche bei Bekanntwerden und Beantwortung des deutschen Rundschreibens mitteilen müssen. (Lebhaftes sehr richtig!) Man hat darauf hingewiesen, daß die Zahl der Völkerbundsmitglieder gewachsen und darum auch eine Erhöhung der Ratssitze wünschenswert sei. Wir haben erklärt, daß wir nicht prinzipiell solchen Wünschen ablehnend gegenüberstehen, daß aber eine Weltorganisation, die ihre Verfassung ändert, das nicht tun kann auf Grund dieser oder jener Versprechungen an diesen oder jenen Staat, sondern erst auf Grund sorgfältigster Prüfung der vielen grundsätzlichen Fragen, die die Zusammensetzung des Völkerbundsrates berühren. Diese grundsätzliche Prüfung in einer Kommission mußten wir verlangen, ehe wir unser Einverständnis mit einer weiteren Vermehrung der Ratssitze erklären konnten. Man hat kritisiert, daß von deutscher Seite überhaupt die Anregung für eine solche Kommission gegeben worden ist. Abg. Winkler hat uns im preußischen Landtage vorgeworfen, durch den negativen Ausgang der Genfer Verhandlungen hätten wir eine Verschlechterung unserer Beziehungen zu manchen Staaten verschuldet. Eine Kritik an dem negativen Ausgang kann nur jener üben, der für einen bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eingetreten ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Anspruch großer Mächte, im Völkerbunde einflußreiche Stellungen einzunehmen, wird von Deutschland am allerwenigsten bestritten werden, ob es sich um Asien, Amerika oder andere Weltteile handelt. Wir mußten aber an unserer grundsätzlichen Ablehnung einer weiteren Vermehrung der ständigen Ratssitze in dieser Tagung festhalten und wir sind mit diesem Standpunkt durchgedrungen.

In der zweiten Phase wurde an eine Vermehrung der nichtständigen Ratssitze gedacht. Wir haben uns auch dagegen wenden müssen, aus denselben Gründen wie gegen die der ständigen Ratssitze. Den von Schweden angebotenen Verzicht konnten wir als eine befriedigende Lösung nicht anerkennen. Wir haben auch in der Frage der nichtständigen Ratssitze nichts von unserem Standpunkte aufgegeben. Es ist ganz falsch, wenn es so dargestellt wird, als hätten wir tagelang in Genf amlichambriert.

Nein, wir haben bis zur äußersten Starrheit an den Grundsätzen festgehalten, mit denen wir nach Genf gekommen sind. Wenn wir sogar das angebotene Opfer Schwedens zurückwiesen, so muß ich fragen, ob eine andere Delegation hätte mehr tun können. (Rufe rechts: Abreisen!) Die Situation war so, daß nicht Deutschland vor der Tür stand und warte, sondern daß die nicht an Locarno beteiligten Völkerbundsmächte 10 Tage lang auf die Völkerbundsversammlung warten mußten, weil vorher die Locarnomächte mit Deutschland verhandelten.

Leider kreuzten sich die Zusagen der Locarnomächte an Deutschland mit Zusagen, wahrscheinlich nicht verfassungsmäßiger Organe an andere Staaten. Ueber die Schwierigkeiten, die sich Spanien wegen seiner Wünsche entgegenstellten, war dieses so tief gekränkt, daß es sich aus dem Völkerbund zurückziehen wollte, vorher aber erklärte, es würde gemäß seinem Versprechen und dem ihm gegebenen Wort für den ständigen deutschen Ratssitz stimmen. (Lebhafter Beifall.) Brasilien glaubte eine andere Stellung einnehmen zu können. Es hat damit die Verantwortung für den Verlauf der Genfer-Tagung auf sich genommen.

Nach dieser Stellungnahme Brasiliens war das Hauptthema das, ob durch diesen Echec des Völkerbundes auch die Locarnopolitik ein Echec erleiden solle. England und Frankreich brachten uns gegenüber zum Ausdruck, daß, da Deutschland kein Verschulden dafür treffe, daß es jetzt noch nicht dem Völkerbund angehört und das Verhalten ihm gegenüber bezüglich der Locarnovereinbarungen und der Rückwirkungen so eingerichtet werden müsse, als wenn Deutschland de facto im Völkerbund wäre. Wir haben es für wünschenswert gehalten, auch der Oeffentlichkeit gegenüber diese Entwicklung zum Ausdruck zu bringen. Es ist richtig: Die Anregung dazu ging insofern von uns aus, als wir fragten:

Wie stehen wir nun in Bezug auf Locarno? Wir fragten uns über die einmütige Auffassung der Mächte, die auf die weitere Durchführung der Locarno-Politik hinausging.

Briand stellte den Antrag, Deutschland bei nächster Gelegenheit in den Völkerbund aufzunehmen und dieser Antrag fand einmütige Zustimmung. Gegenüber der idealen Auffassung vom Völkerbund haben wir aber erlebt, daß innerhalb des Völkerbundes auch starke eigene Interessen sich gegen den allgemeinen Interessen geltend machen. (Rufe rechts.) Wenn aber der Völkerbund ein Ziel hat, dann muß es das Ziel der Universalität sein. Wenn er diesem Ziele so stark näher kommen könnte, wie dies durch die Aufnahme Deutschlands geschieht, so müßte er die moralische Autorität besitzen, diesem Ziele alles andere unterzuordnen. (Lebhaftes sehr richtig!) Schweden und die Schweiz haben das anerkannt. (Beifall.) Von allen, die von Schuld sprachen, hat niemand die Schuld bei Deutschland gesucht.

Aus der Heimat sind wohl dutzende Male Depeschen an die deutsche Delegation gekommen, die uns sagten, wir sollten abreisen. Wir haben uns aber überlegen müssen, was die Schuldfrage in dieser großen geschichtlichen Sache bedeutet und wir hätten durch unsere Abreise denjenigen neue Möglichkeiten gegeben, die eine Schuld bei Deutschland suchen wollten. (Lebhaftes sehr wahr links und in der Mitte. Unwahr! rechts.)

Daß Deutschland demütig und mit einer neuen Niederlage belastet aus Genf zurückgeht, ist eine Anschauung, die es nur in Deutschland gibt, und nirgend sonst in der Welt. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir, wie vor verschiedenen deutschen Kreisen behauptet wird, nur das fünfte Rad am Wagen in Genf wären, dann wäre dieser Kampf im Völkerbund gar nicht entstanden. Gerade dieser Kampf hat doch gezeigt, daß es sich hier um eine Stellung Deutschlands im Völkerbund handelt, die auf der anderen Seite jedenfalls als eine große Stärkung der Position Deutschlands angesehen wird.

Der Außenminister hebt dann hervor, daß unter Aufgabe der sonst für die Möglichkeit einer Aufnahme in den Völkerbund vorgeschriebenen Bestimmungen die erste Kommission beschlossen habe, von jeder Befragung Deutschlands abzusehen und lediglich einstimmig zu erklären, daß Deutschland seine internationalen Verpflichtungen erfüllt habe. (Lebhaftes Hört, hört!) Um diese Anerkennung haben wir jahrelang gekämpft. Man sprach aber immer vom schlechten Willen Deutschlands. Daß alle diese Momente mit einem Abbruch von anderer Seite beantwortet werden könnten, wäre die größte Torheit. (Beifall in der Mitte.) Ich erkläre, es ist nicht unser Wunsch oder Wille, daß es zur Aenderung unserer Haltung gegenüber dem Völkerbund kommt, unser Wunsch und Wille geht auf ein gleichberechtigtes Mitwirken im Rahmen des Völkerbundes zur Wahrung der deutschen Interessen in diesem Bunde. (Beifall.) Man muß verneinen, daß der Ausdruck „Siegerstaaten" jetzt viel weniger gebraucht wird als je. Die Völker haben erkannt, daß aus dem Weltkriege niemand sittlich hervorgegangen ist, und daß es gilt, die gemeinsamen Interessen gemeinsam zu wahren.

Mit dieser Auffassung ist logisch eine andauernde weitere Besetzung der zweiten und dritten Zone nicht zu vereinbaren. (Lebhaftes sehr richtig!) Hier liegt das große Ziel, das wir zu verfolgen haben.

Auch da ist eine Aenderung des Denkens auf der anderen Seite vor sich gegangen. Briand hat auf Anfrage in der Kammer erklärt, daß ich Recht habe, wenn ich den Artikel 431 des Versailler Vertrages dahin auslege, daß, wenn Deutschland seine internationalen Verpflichtungen erfüllt hat, eine Verkürzung der Besetzungsfristen eintreten muß. Es ist noch nicht lange her, daß wir ganz andere Worte aus der französischen Kammer gehört haben. (Abg. von Gräfe (Völk.): „Das sind ja nur Worte!") Wenn es nur Worte wären, dann wäre Köln noch heute besetzt und nicht geräumt. (Beifall links.) (Abg. von Gräfe: „Darauf hatten wir längst ein Recht!") Sie beziehen sich somit, Herr von Gräfe, immer auf die Macht. Nur wenn es Ihnen in den Kram paßt, auf das Recht. (Abg. von Gräfe ruft: „Sie machen Possenspielerkunststückchen!")

Dr. Stresemann schlägt erregt mit der Faust auf den Tisch und ruft gegen den Abgeordneten von Gräfe: „Ich weise diese Unverschämtheit zurück." (Von der Linken kommen **drohende Rufe gegen den Abgeordneten von Gräfe.**

Präsident Loebe ruft den Abgeordneten von Gräfe zur Ordnung und erklärt, auch die Antwort des Ministers habe nicht der parlamentarischen Ordnung entsprochen.

Minister Stresemann: Auch der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat gestern auf der Kölner Befreiungsfeier anerkannt, daß diese Befreiungsfeier nur möglich geworden ist durch die Politik von Locarno. Seit 1919 ist die deutsche Außenpolitik nur darauf gerichtet, die Bedrückung Deutschlands zu vermindern, von unerträglichen zu erträglicheren Verhältnissen zu kommen. In dieser Beziehung hat uns Locarno und bat uns auch Genf einen großen Fortschritt gebracht. Eine andere deutsche Außenpolitik ist bei der Lage Deutschlands nach dem verlorenen Kriege gar nicht möglich. In sachlicher Würdigung des Geschehenen werden wir fortfahren, an einer Verminderung der deutschen Bedrückung zu arbeiten. Die Regierung hofft, bei dieser Politik die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich zu haben. (Lebhafter Beifall. Händeklatschen in der Mitte.)

Reichskanzler Dr. Luther beglückwünscht Dr. Stresemann.

Der sozialdemokratische Redner verzichtet.

Der sodann zum Wort gemeldete Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) hat sich im letzten Augenblick von der Rednerliste streichen lassen.

Die Auffassung der Deutschnationalen.

Abg. Graf Westarp (DN.) fragt, wie man den Verzicht des Abg. Breitscheid auffassen solle. Vielleicht meint er, daß sich auf die Antwort des Außenministers eine Antwort nicht verlohne oder sei die Rede des Außenministers so im sozialdemokratischen Fahrwasser gewesen, daß kein Anlaß sei, parteipolitische Angriffe zu eröffnen? (Lachen links.) Der Redner nimmt dann Bezug auf die Befreiungsfeier in Köln und dankt den rheinischen Brüdern für die Tapferkeit, mit der sie die Fremdherrschaft erduldet haben. Die Räumung Kölns war ein klarer Rechtsanspruch, den man uns über Jahr und Tag trotz Locarno und Völkerbund rechtswidrig vorenthalten habe. Daher können wir diese Räumung nicht auf das Konto Locarno buchen. Wir haben trotz dieser Feier die Pflicht, ernste Worte zu der Katastrophe von Genf zu sagen. Wir lehnen mit Schärfe den Optimismus ab, der den Versuch macht, das, was in Genf geschehen ist, zu beschönigen. (Zustimmung rechts.) Uns fehlt für die Auffassung des Außenministers jedes Verständnis. Als eine Demütigung empfinden wir es, daß die deutschen Unterhändler in Genf warten und dann unverrichteter Sache wieder abziehen mußten. (Zustimmung rechts.) Der Völkerbund ist keine Stätte, an der Deutschland seine berechtigten Forderungen vertreten und seine Würde wahren kann. Er ist ein Instrument feindseliger Niederhaltung des Deutschen Reiches und der deutschen Nation. (Beifall rechts.) Man braucht nur an Oberschlesien, das Saargebiet, Danzig und Memel und die deutsche Minderheit in Polen zu denken. Wir sehen in Genf einen völligen Zusammenbruch, einen Deutschland schwer schädigenden Mißerfolg der Völkerbundspolitik Luther-Stresemann. (Beifall rechts.) Wir mißbilligen das Verhalten der beiden deutschen Delegierten, die das deutsche Ansehen in der Welt geschädigt haben. Der letzte Grund für die Genfer Katastrophe ist in Locarno gelegt. Damals wurde bereits hinter dem Rücken Deutschlands Polen eine Zusage gemacht. Treulos und feindselig haben die anderen Mächte an Deutschland gehandelt. Der Redner hält der deutschen Delegation vor, daß sie sich einer Illusionspolitik hingegeben habe. Er bespricht dann das Vorgehen Polens und Brasiliens und erklärt, daß es zu Polens geschichtlicher Ueberlieferung gehöre, maßlose Selbstüberhebung und Todfeindschaft gegen deutsches Wesen zu treiben. Neue Feindschaften sind gegen Deutschland entstanden. Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister seien bei ihrem Mißerfolg nicht mehr die geeigneten Unterhändler für die kommenden Verhandlungen des Sommers. (Zustimmung rechts.) Staatsmänner, die einen solchen Zusammenbruch ihrer persönlichen Politik erlebt haben, sind für deren Fortführung nicht mehr geeignet. (Zustimmung rechts.)

Die Auffassung der Deutschnationalen ist durch die Ereignisse von Genf nur noch bestätigt worden. Der von Luther und Stresemann empfohlene Weg in den Völkerbund hat sich als falsch erwiesen. Notwendig ist daher die Zurückziehung des deutschen Eintrittsgesuches. (Lebhafter Beifall rechts.)

Der Zentrumsredner.

Abg. Dr. **Kaas** (Ztr.): Der Völkerbundsgedanke hat in Genf einen Rückschlag erlitten durch die Schuld derer, die den Geist von Locarno am meisten im Munde geführt, aber teils durch Schwäche, teils durch Eigennutz bei der ersten großen Gelegenheit versagt haben, wo es galt, diesen Schritt in die Tat umzusetzen. (Sehr wahr.) Durch die Grabrede, die Graf Westarp am Grabe der Genfer Konferenz hielt, klang ein Unterton der Befriedigung. Wer die nationalistische Auslandspresse verfolgt, muß vom deutschen Standpunkt aus dringend vor solcher Befriedigung warnen. Diese Warnung ist durchaus begründet. Man sieht, wie Tardieu und Poincaré aus dem Genfer Mißerfolg die Hoffnung schöpfen, daß die Zeit für ihre Machtpolitik bald wiederkehren werde. Die Vermutung, daß die katholische Konfessionalität Polens, Spaniens und Brasiliens gewisse Mächte zu ihrer Unterstützung gegen Deutschland veranlaßt hätte, gehört ins Reich der Phantasie. Dem Mißtrauen der Deutschnationalen gegen Luther und Stresemann fehlt die sachliche Begründung. Wir hätten es für zweckmäßiger gehalten, wenn die deutsche Bereitwilligkeitserklärung zum Festhalten an der Locarno-Politik erst in einem späteren Zeitpunkt nach Verständigung mit dem deutschen Parlament geführt worden wäre. (Minister Dr. Stresemann: Sie ist auch in dem Augenblick erfolgt, als Mello Franco erklärte, daß sein Entschluß unwiderruflich sei.) Diese Kritik im einzelnen ändert nichts daran, daß die Haltung der deutschen Delegation in Genf den deutschen Interessen und der deutschen Würde dienlich war. Im besetzten Gebiet ist eine tatsächliche Rückwirkung des Locarnoabkommens noch nicht zu spüren. Nach dem vergeblichen ersten muß der zweite Gang nach Genf durch Garantien gedeckt sein, die in bindender Form derartige Möglichkeiten ausschließen, wie sie in Genf sich zeigten. Wir können dem Grafen Westarp nicht folgen, wenn er den Rückschlag von Genf als das Fiasko des ganzen Völkerbundsgedankens hinstellt und zu einer Machtpolitik auffordern will, die für Deutschland in seiner jetzigen Lage eine Katastrophenpolitik werden müßte. Auf dem Wege zur Befreiung Kölns stehen die Namen von Wirth, Rathenau, Marx und Stresemann und die Gräber von Rathenau und Erzberger, die gemordet wurden, weil sie der Politik dienten, die auf ihr Schuld die Geduld statt der nationalen Phrasen geschrieben hatten. An dieser Befreiungspolitik wollen wir festhalten, um eine bessere Zukunft zu schaffen für unser Land und unser Volk. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Die Deutsche Volkspartei.

Abg. Freiherr von Rheinbaben (DVp.) billigt die Haltung der deutschen Delegation in Genf. Es war auch zweckmäßig, daß das Kommuniqué über die Fortsetzung der Locarnopolitik unmittelbar nach dem Scheitern der Genfer Konferenz herausgegeben wurde. Wir haben auch ein deutsches Interesse daran, daß die Locarnoverträge bald rechtlich bindende Kraft erlangen. Diese Verträge sind ein Stück des Befreiungskampfes, den Deutschland führt. Die grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund haben auch die Deutschnationalen im vorigen Jahre erklärt. Damit ist die heutige Rede des Grafen Westarp schlecht zu vereinbaren. Die Außenpolitik sollte endlich dem Parteigezänk entzogen werden. Wenn Deutschlands Eintritt in den Völkerbund überhaupt noch einmal in Frage kommt, dann nur unter festen Sicherungen gegen eine Wiederholung solcher Dinge, wie sie in Genf vorkamen. Auch wir halten den Völkerbund in seiner jetzigen Form für einen Hort der Scheinheiligkeit und der Intrigen. Die jetzige Völkerbundsmethode ist immer noch die Folge der alten Kriegspropaganda gegen Deutschland. Um diesen Zustand zu ändern, müssen wir gerade hinein in den Völkerbund, denn wir dürfen dem Kampf um unsere Geltung nicht schwach und feige ausweichen. (Beifall.)

Die kommunistische Absage.

Abg. Stoecker (Komm.) verurteilt das Verhalten der deutschen Delegation in Genf und warnt vor dem Eintritt in den Völkerbund.

Der demokratische Redner.

Abg. Graf von Bernstorff (Dem.): Die Quintessenz der deutschen Außenpolitik könne nur das Streben nach der Völkerverständigung sein. Denn selbst, wenn wir kriegstüchtig wären, könnten wir ja keinen Krieg führen. Wir danken dem Minister dafür, daß er die Linie seiner Außenpolitik bis auf 1919 zurückführte, also bis zur Politik

unseres Freundes Rathenau. Von einer deutschen Niederlage in Genf kann man nicht reden. Der Völkerbund hat allerdings eine Niederlage erlitten und ist in eine schwere Krise geraten. Eine Reform des Völkerbundes liege gerade im deutschen Interesse. Wenn der Völkerbund nicht wäre, würde sich England vielleicht von den europäischen Angelegenheiten zurückziehen und es könnten die Vereinigten Staaten von Europa entstehen ohne England, aber in einer Form, wie sie etwa Napoleon I. plante und wie wir sie für Deutschland nicht gebrauchen können. Der Völkerbund war bisher gefährlich als Machtinstrument der Siegerstaaten. Das würde sich aber nach Deutschlands Eintritt ändern. Darum wollen wir auch Deutschlands Mitwirkung an der Reform der Völkerbundssatzungen. In der Frage der Ratssitze ist gegen Deutschland mindestens ein Versprechenbruch, wenn nicht ein Vertragsbruch begangen worden; ebenso von Brasilien ein Wortbruch. Das ist gar nicht deutlich genug betont worden den Ländern gegenüber, die im Kriege so oft erklärten, sie seien gegen Deutschland in den Kampf gezogen für die Heiligkeit der Verträge. Wir haben bisher wenig gesehen von der Ehre und Moral, die die anderen immer uns gegenüber für sich in Anspruch nahmen. Genf hat bewiesen, daß der Völkerbund mancher Reformen bedarf. Deutschland kann aber in seinem eigensten Interesse nicht von seiner Verständigung abgehen, die der Eintritt in den Völkerbund notwendig macht. (Beifall bei den Demokraten.)

Die Wirtschaftliche Vereinigung.

Abg. **Dr. Bredt** (WV.): Wir haben an sich dem Pakt von Locarno sympathisch gegenüber gestanden, weil wir durchaus einverstanden sind mit dem Gedanken der Befriedung Europas. Wir sind aber nicht einverstanden gewesen mit dem sofortigen Eintritt in den Völkerbund und trafen uns darin mit der Haltung der Deutschnationalen. Die Politik der Deutschnationalen in dieser Frage konnten wir aber nicht verstehen. Sie waren damals die stärkste Regierungspartei und haben doch vor Locarno die Außenpolitik so wenig beeinflußt, daß sie das Ergebnis nachher ablehnen mußten. Wir haben die größten Bedenken gegen eine deutsche Beteiligung an der Kommission zur Aenderung der Völkerbundssatzungen. Dem Reichskanzler trauen wir zu, daß er in die Kommission geht und uns dann wieder vor fertige Tatsachen stellt wie in Locarno, wo es auch mit einer harmlosen Kommission angefangen hat. Wir dursten unter keinen Umständen damit einverstanden sein, daß die Bedingung der einstimmigen Beschlüsse aufgehoben wird. Solange diese Bedingung besteht, bietet uns das Veto Brasiliens einen ausgezeichneten Präzedenzfall für die künftige Vertretung unserer Rechte. Deutschland muß jetzt abwarten, wie der Völkerbund seiner innerlichen Schwierigkeiten Herr wird. Ein Eintritt kann erst in Frage kommen, wenn wir wissen, wie der Völkerbund sich weiter entwickelt.

Abg. **Graf Lerchenfeld** (Bayr. Volksp.): Das Ergebnis von Genf ist ein schwerer Schlag für alle beteiligten Staatsmänner und auch für den Völkerbund. Es bleibt noch zweifelhaft, ob nicht hinter Brasilien eine europäische Macht gestanden hat. Die Herren Luther und Stresemann sind etwas zu optimistisch gewesen. Wenn die Bayrische Volkspartei trotz dieses Mißerfolges der Billigungsformel zustimmt, so tut sie es, weil sie die Fortsetzung der Außenpolitik wünscht, deren Ziele sind: Los von Versailles, auf friedlichem Wege, Herstellung und Wahrung von Freiheit und Gerechtigkeit, Ausmerzung des Begriffes „Besiegte und unterdrückte Völker." Wenn die Regierung zum zweitenmale nach Genf geht, so müssen wir verlangen, daß die Fenster der ersten Konferenz sich nicht wiederholen. Die Vereinigten Staaten von Europa lehnen wir ab.

Um 6½ Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

*

Der Billigungsantrag der Regierungsparteien.

wtb. **Berlin**, 22. März. (Tel.) Der Billigungsantrag, den die Parteien der Regierungskoalition formuliert haben, lautet:

„Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und die Haltung der deutschen Abordnung in Genf. Er bedauert den, den berechtigten deutschen Erwartungen nicht entsprechenden Ausgang der Genfer Verhandlungen. Er erwartet von der Reichsregierung die alsbaldige Einwirkung und Garantie dafür, daß die Rückwirkungen des Vertragswerkes von Locarno, insbesondere im besetzten Gebiet, mit größter Beschleunigung in einer den berechtigten deutschen Forderungen Rechnung tragenden Weise durchgeführt, und so die nach dem ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen in Genf vereinbarte Erklärung über Aufrechterhaltung und Fortführung der Locarnopolitik wirksam werde."

Die Sozialdemokraten stimmen dem Billigungsantrag zu.

wp. **Berlin**, 23. März. (Funkspruch.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie der Vorwärts mitteilt, dem Billigungsantrag der Regierungsparteien zur Genfer Frage zugestimmt.

Politische Umschau

Das abgeänderte Steuerprogramm.

hb. **Berlin**, 22. März. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages gab Reichsfinanzminister Dr. Reinhold das am Sonntag von den Vertretern der Regierungsparteien mit der Regierung vereinbarte neue Steuerkompromiß bekannt. Der Ausschuß lehnte zunächst den Antrag der Deutschnationalen ab, wonach die Beratungen ausgesetzt werden sollen und die Regierung um eine Denkschrift über die finanzielle Wirkung ihrer Vorlage ersucht wird.

Dann nahm Reichsfinanzminister Dr. Reinhold das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er darlegte, daß die Reichsregierung nicht mehr als 500 Millionen an Steuermilderungen zur Verfügung stellen könne. Damit sei die Regierung bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Nun sei aber die Not der ausgesteuerten Erwerbslosen hinzugekommen, und man könne die Unterstützungslast nicht den Gemeinden aufbürden. Der Beschluß des Winzerausschusses habe zur Aufhebung der Weinsteuer gezwungen; deshalb müsse auch die Erhöhung der Biersteuer wenigstens bis Ende des Jahres aufgeschoben werden. Unter diesen Umständen könne man die Umsatzsteuer nicht auf 0,6, sondern nur auf 0,75 Prozent senken. Die Luxussteuer solle vom 1. April an vollständig aufgehoben werden. Für die Senkung der Einkommen- und Vermögenssteuer sei dann kein Spielraum mehr geblieben.

Der Ausschuß vertagte die Weiterberatung auf Dienstag.

Die Zustimmung der Regierungsparteien.

Die Sozialdemokraten lehnen ab.

wp. **Berlin**, 23. März. (Funkspruch). Die Verhandlungen der Regierungsparteien über die endgültige Fassung des Steuerkompromisses endeten gestern abend, wie die Voss. Ztg. hört, mit dem Ergebnis, daß das Kompromiß von den Ausschußmitgliedern der beteiligten Parteien unterschrieben wurde. Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold wird also bei der Dienstag früh beginnenden Beratung des Steuerausschusses die Regierungsparteien einmütig hinter seinen neuen Vorschlägen haben.

Die Besprechung, die der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister mit den sozialdemokratischen Abgeordneten Herman Müller, Dr. Hilferding und Dr. Herz nach der Plenarsitzung im Reichstag hatten, verlief erfolglos, da die sozialdemokratischen Abgeordneten erklärten, daß sie in dem Steuerkompromiß eine Verschlechterung der ursprünglichen Steuerabbauvorlage der Regierung sähen und sie es daher ablehnen müßten.

Der Reichspräsident im befreiten Rheinland.

Der Reichspräsident Ehrenbürger der Kölner Universität.

wtb. **Köln**, 22. März. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg nahm bei seinem gestrigen Besuch im Rathaus seine Ernennung zum Ehrenbürger der Universität Köln entgegen.

Spende des Reichspräsidenten für den Kölner Dom.

wtb. **Köln**, 22. März. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg hat zur Erhaltung des Kölner Domes 100 000 Mark gestiftet.

Abfahrt nach Bonn.

wtb. **Köln**, 22. März. (Tel.) Vormittags 9,20 Uhr fuhr der Reichspräsident mit seiner Begleitung vom Regierungsgebäude zum Hauptbahnhof. Unterwegs und bei der Ankunft am Bahnhofsplatz wurde der Reichspräsident von einer zahlreichen Menge mit nicht endenwollenden Hochrufen begrüßt. Unter den Klängen des Deutschlandliedes begab sich der Reichspräsident in den Bahnhof, um sich um 9,40 Uhr im Sonderzug zur Teilnahme an der Befreiungsfeier nach Bonn zu begeben.

Die Befreiungsfeier in Bonn.

wtb. **Bonn**, 22. März. (Tel.) Der Sonderzug mit dem Reichspräsidenten und den ihn begleitenden Reichs- und Staatsminister ist, von Köln kommend, um 10,15 Uhr vormittag in Bonn eingetroffen. Auf dem Bahnhof bildete eine Abordnung der inhaftiert und ausgewiesen gewesenen Eisenbahner des Bonner Bezirks Spalier.

Der Reichspräsident wurde vom Oberbürgermeister Dr. Falk begrüßt und fuhr alsdann mit seinem Gefolge unter dem Jubel der Menge durch die festlich geschmückten Straßen der Stadt, in denen Bonner und auswärtige Schulkinder, Vereine und Korporationen Spalier bildeten. Auf dem Marktplatz waren die Bonner und Honnefer Sebastianus-Schützengesellschaften aufgestellt, die 453 und 601 Jahre bestehen.

Die Fahrt ging zum Rathaus. Hier trug sich der Reichspräsident zunächst in das Goldene Buch der Stadt Bonn ein. Darauf wurde ihm von dem Oberbürgermeister ein Ehrentrunk aus dem Nikolaus-Becker-Pokal kredenzt, der dem Dichter des Rheinliedes s. Zt. von König Ludwig I. von Bayern geschenkt und später von der Stadt Bonn erworben wurde. Von dem Verein „Altbonn" wurde dann dem Reichspräsidenten ein Faksimile der Niederschrift des Rheinliedes von Nikolaus Becker überreicht, dessen Original sich im Besitz des Vereins befindet.

Der Reichspräsident begab sich darauf in den früheren Stadtverordnetensitzungssaal, wo die Vertreter der Behörden und der Bevölkerung des früher französisch besetzten Gebietes des Kölner Zone versammelt waren. Hier wurde er durch den Oberbürgermeister Dr. Falk begrüßt.

Der Reichspräsident erwiderte darauf mit folgender Rede:

Ich danke Ihnen, Herr Oberbürgermeister, herzlichst für die freundlichen Worte der Begrüßung, mit denen Sie mich empfangen haben, und bitte, daran gleich meinen Dank an alle Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt anschließen für die freundlichen Willkommensgrüße, die ich auf dem Wege hierher so reichlich erhalten habe. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben diesen Tag als einen Festtag für Ihre Stadt bezeichnet; ich möchte Ihnen erwidern, daß es auch für mich einen Lichtpunkt bedeutet, heute nach langen Jahren wieder in Bonn zu weilen und mich mit Ihnen der wiedererlangten Freiheit zu erfreuen.

Bonn ist ein besonderer Edelstein im reichen Kranze der rheinischen Städte; Geschichte und Gegenwart, Natur und Kunst, Wissenschaft und alte Kultur sind hier in seltener Fülle vereint und die Namen vieler großer Männer deutscher Vergangenheit sind mit dieser Stadt eng verbunden. So hat Bonn von jeher auf alle Deutschen einen besonderen Zauber ausgeübt und viele in seinen Bann gezogen.

Das Unglück unseres Landes hat dunkle Wolken über den sonnigen, fröhlichen Rhein und diese heitere Musenstadt gebreitet; bis in die letzte Zeit hinein hat Bonn, haben die Stätten der Wissenschaft und das einst so blühende Leben hier schwer gelitten. Aber hell leuchtet aus diesen trüben Jahren die echte und große Vaterlandsliebe, die hier immer einen besonderen Hort hatte und die auch in dieser Not sich so trefflich bewährt hat. Möge nun, nachdem die Fremdherrschaft vorbei ist und die Schranken, die uns trennten, gefallen sind, auch dieser Stadt wieder Aufstieg und glückliche Zukunft beschieden sein; möge sie im Schutze eines wieder erstarkenden Reiches eine neue Entwicklung beginnen. So lassen Sie uns unsere Wünsche für diese Stadt vereinigen mit dem Gelöbnis der Treue für unsre großes Vaterland, indem wir rufen: Lang lebe Deutschland! Hurra! Hurra! Hurra!

Dann verließ der Reichspräsident mit seinem Gefolge wieder das Rathaus. Beim Verlassen wurde von einem Massen-Chor von 2000 Sängern „Der Rhein" von Bruch gesungen. Nach dessen Beendigung brachte der Oberbürgermeister ein Hoch auf den Reichspräsidenten aus.

Hierauf begab sich der Reichspräsident mit seinem Gefolge zu der naheliegenden Universität. Auf dem Wege dorthin, sowie im Arkadenhof der Universität bildeten Studenten, die trotz der Universitätsferien in großer Anzahl nach Bonn geeilt waren, Spalier. Bei dem Eintritt in die Universität wurde der Reichspräsident durch die akademischen Behörden der beiden Bonner Hochschulen (Universität und landwirtschaftliche Hochschule) empfangen und zur Aula geleitet. Bei dem Einzug in die Aula erklang nach alter akademischer Sitte ein Marsch.

Die philosophische Fakultät hat im Einvernehmen mit der juristischen Fakultät dem Reichspräsidenten den Dr. der Staatswissenschaften ehrenhalber verliehen.

Auf die Ansprachen des Rektors und des Vertreters der Studentenschaft antwortete der Reichspräsident:

Seien Sie herzlichst bedankt für den so freundlichen Empfang, den Sie mir hier bereitet haben, und für die Ehrungen, die Sie mir antragen. Ich nehme sie gern entgegen und freue mich, als nunmehriger Ehrendoktor der Staatswissenschaft auch in persönliche Verbindung mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu treten, die in der deutschen Geschichte wie in der Wissenschaft einen so klangvollen Namen hat. Zugleich ist es mir eine Freude, die Ehrenmitgliedschaft der Bonner Studentenschaft, der Universität und der Landwirtschaftlichen Hochschule anzunehmen. Ich bin durch Alter und Amt berufen, mit den Alten zu leben und zu wirken; aber hoffen und glauben will ich mit Euch, deutsche Jugend, die Ihr Zukunft und Kraft der Nation seid!

Hell leuchtet über dieser alma mater der Name Arndts, dieses großen Erziehers der Deutschen zum nationalen Bewußtsein. Und in der Geschichte dieser hohen Schule sind viele Namen eingetragen, die noch heute in ganz Deutschland Widerhall finden: Niebuhr, Sybel, Dahlmann, August Wilhelm v. Schlegel, Simrock, Mittermaier, Heinrich Hertz, Bunsen und andere künden den Ruhm dieser Pflegestätte deutscher Wissenschaft, die in mehr als hundertjährigem Bestehen Deutschland und der Welt vieles gegeben hat. Es ist mir daher eine besondere Ehre und Freude, nunmehr auch persönlich dieser Hochschule anzugehören und mich dadurch mit ihr in Vergangenheit und Gegenwart eng verbunden fühlen zu dürfen.

Durch die Not der letzten Jahre hat auch, wie ich jetzt sagen kann, „unsere" Universität und das wissenschaftliche Leben und Wirken in Bonn gelitten. In vorbildlicher Haltung haben aber Professoren, Beamte und Studenten die Jahre der Fremdherrschaft durchgehalten und der Geschichte der Bonner Universität wie der der Landwirtschaftlichen Hochschule neue Ruhmesblätter hinzugefügt. Mögen sich nun unsere alma matres der wiedererlangten Freiheit in neuer tatkräftiger Arbeit mit neuen Erfolgen erfreuen, und mögen sie für Deutschland Männer erziehen, die im Geiste der Vaterlandsliebe und der Einigkeit dem deutschen Volke in seiner — so Gott will besseren — Zukunft Diener und Führer sein werden!

Mit diesem Wunsche bitte ich Sie einzustimmen in den Ruf: Unser geliebtes Vaterland, dem all unsere Kraft gehört, es lebe Hurra! Hurra! Hurra!

Nach der Feier in der Universität gab die Stadt ein Frühstück im Hotel Königshof.

Nach dem Essen fand eine Auffahrt der Bonner und benachbarten Rudervereine statt, nach deren Beendigung der Reichspräsident durch die noch immer dicht besetzten Straßen zum Bahnhof fuhr, wo um 3,45 Uhr unter erneuten Ovationen die Weiterfahrt über Rheydt und M.-Gladbach nach Krefeld erfolgte.

Die Begrüßung in Rheydt.

wtb. **Rheydt**, 22. März. (Tel.) Zur Begrüßung des Reichspräsidenten hatten sich etwa 1000 Personen auf dem Bahnhof eingefunden, wo ein Empfangszelt errichtet war. Pünktlich um 5,24 Uhr lief der Sonderzug ein. Der Reichspräsident verließ sofort den Salonwagen und wurde vom Oberbürgermeister Dr. Graemer begrüßt, auf die der Reichspräsident erwiderte:

Ich weiß, daß Ihre gewerbefleißige Industriestadt in den letzten Jahren schwere Zeiten durchgemacht und daß alle Kreise der Bevölkerung hart gelitten haben. Es ist mir aber auch bekannt, wie treu und unverzagt alle Bewohner Ihrer Stadt durchgehalten und wie sie echten Vaterlandssinn durch die Tat gezeigt haben. Ich spreche Ihnen hierfür im Namen des Reichs Dank und Anerkennung aus freue mich, die Vertreter der Stadt auch persönlich kennenzulernen.

Hierauf wurden dem Reichspräsidenten u. a. die Spitzen der Behörden, etwa 20 Personen, vorgestellt. Auf dem Bahnhofsvorplatz hatte sich eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge versammelt, die, als der Reichspräsident sich ihnen zeigte, in brausende Hurrarufe ausbrach und das Deutschlandlied anstimmte, dessen erster Vers der Reichspräsident entblößten Hauptes anhörte. Inzwischen war die Zeit der Weiterfahrt gekommen und der Reichspräsident setzte die Fahrt nach M.-Gladbach fort.

Der Empfang in M.-Gladbach.

wtb. **M.-Gladbach**, 22. März. (Tel.) Schon lange vor dem Einlaufen des Sonderzuges mit dem Reichspräsidenten drängte sich auf den am Bahnhof liegenden, mit Fahnen reich geschmückten Straßen, eine viel tausendköpfige Menge, die die Ankunft des Reichspräsidenten erwartete. Die Bahnhofshallen waren prächtig geschmückt mit Grün und Fahnen. In der ersten Halle hatten 4500 Schulkinder sowie die Krieger- und Gesangvereine Aufstellung genommen. Punkt 5,37 Uhr fuhr der Sonderzug in den Banhof ein. Alsbald entstieg dem Salonwagen der Reichspräsident, mit brausenden Hochrufen begrüßt.

Oberbürgermeister Gielen richtete an den hohen Gast eine Ansprache.

Alsdann hielt im Namen des Landkreises Gladbach, Landrat Dr. Jörg, ein Ansprache. Der Reichspräsident dankte in seiner Erwiderung besonders dafür, daß M.-Gladbach sich dem landesverräterischen Treiben der Sonderbündler so brav entgegengestellt habe und brachte ein Hurra auf das deutsche Vaterland aus. Begeistert stimmte die Menge in das Hurra ein.

Darauf wurden die Vertreter der Stadtverordnetenfraktionen, die Spitzen der städtischen, staatlichen und geistlichen Behörden vorgestellt. Besonders eingehend unterhielt sich dabei der Reichspräsident mit einem alten Kriegsveteranen von 1864, einem alten Düppel-Stürmer, und mit dem mit dem Orden Pour le merite geschmückten Major Brieken von hier. Alsdann trat der Reichspräsident an die Rampe des Bahnsteiges nud nahm die Huldigung der Kinder sowie der Krieger- und Gesangvereine entgegen. Nach 15 Minuten bestieg der Reichspräsident wieder den Zug und fuhr unter den Klängen des Deutschlandliedes nach Krefeld weiter.

Die Ankunft in Krefeld.

wtb. **Krefeld**, 22. März. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg ist im Sonderzug um 6,15 Uhr nachmittags im hiesigen Hauptbahnhof eingetroffen.

Während Glockengeläute sämtlicher Kirchen der Stadt ertönte, entbot ein Flieger in den Lüften Willkommengrüße. Der Reichspräsident wurde auf dem Bahnsteig von Oberbürgermeister Dr. Johansen mit herzlichen Worten bewillkommnet. Vor dem Bahnhof überreichte die jüngste Tochter des Oberbürgermeisters einen Blumenstrauß. Als die hohen Gäste das Bahnhofsgebäude verließen und sich durch die reichgeschmückten Straßen nach der Stadthalle begaben, bereitete die begeisterte, zu Tausenden herbeigeeilte Bevölkerung ihnen eine ergreifende Kundgebung.

In der dichtgefüllten Stadthalle herrschte feierliche Stille, als man verkündete: Der Herr Reichspräsident ist im Hause! Da betrat von Hindenburg mit seiner Begleitung den Saal. Es war ein feierlicher Augenblick, der jedermann fortriß und die Ovationen wollten kein Ende nehmen. Mit stummen Verbeugungen begrüßte der Reichspräsident die Versammlung. Nach musikalischen Darbietungen der vereinigten Krefelder Männerchöre ergriff Oberbürgermeister Dr. Johansen das Wort zu einer Rede. Alsdann sprach Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Nochmals von den Anwesenden stürmisch begrüßt, betrat nunmehr der Reichspräsident die Rednertribüne. Der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes gab der denkwürdigen Feierstunde einen eindrucksvollen Abschluß.

Der Reichspräsident ist nach der Feier wieder nach Berlin zurückgereist.

Aus Nah u. Fern.

Ein Student verbrannt, ein zweiter lebensgefährlich verletzt.

wp. **Dinslaken**, 22. März. (Tel.) In dem Postamt Lohberg, das von der Familie des verstorbenen Postmeister Sperling bewohnt war, wurde heute früh ein Brand bemerkt. Beim Eindringen in die Wohnung wurde in einem Schlafzimmer der 19 Jahre alte Freund des 21jährigen Studenten Sperling bewußtlos und schwer verbrannt aufgefunden und in Sicherheit gebracht. Die Brandwunden sind so schwer, daß an dem Aufkommen des jungen Mannes gezweifelt wird. Der Student Sperling konnte infolge der starken Rauchentwickelung nicht mehr gerettet werden. Er ist erstickt und verbrannt. Die Leiche war erst zu bergen, als das Feuer abgedämpft war. Die in einem anderen Schlafzimmer untergebrachten Geschwister des Studenten vermochten nur das nackte Leben zu retten. Die Ursache des Feuers soll in unvorsichtigem Zigarettenrauchen zu suchen sein.

Eine Frauenleiche gefunden.

wp. **Witten**, 22. März. (Tel.) Hier ist in der Turbinenanlage der Firma Harkort und Sohn eine Frauenleiche gefunden worden. Die Tote ist etwa 40—50 Jahre alt, etwa 1,50 Meter groß, hat blondes Haar und trug dunklen Haarpfeil; bekleidet war sie mit einem blauen Gesellschaftskleid mit schwarzem Perlenbesatz, an der linken Seite eine Perlenreihe, mit dünnem schwarzem Mantel, blauem Unterrock, schwarzen Strümpfen, weißem Beinkleid. Der Trauring, den die Tote trug, ist gezeichnet G. Feckinghaus, 31. 5. 21.

Ein verbrecherischer Gemeindevorsteher.

wp. **Kirchhellen**, 22. März. Unter der durch Zeugnisse zahlreicher Mädchen begründeten Beschuldigung, seit längerer Zeit in vielen Fällen sich an Mädchen, die zu ihm in die Werkstatt kamen, darunter auch Schulkinder, unsittlich vergangen zu haben, wurde der Gemeindevorsteher von Kirchhellen, Schuhmachermeister Schumacher, von seinem Posten entfernt. Die Angelegenheit erregt großes Aufsehen, da Sch. in vielen politischen, wirtschaftlichen und kirchlichen Vereinigungen Ehrenämter bekleidete.

Freispruch im Hamburger Vatermordprozeß.

wtb. **Hamburg**, 22. März. (Tel.) Vom Hamburger Schwurgericht wurde heute das Urteil im Vatermordprozeß Puelschen verkündet. Der 21jährige Reisende Puelschen hatte am 1. Dezember seinen Vater, den Kaufmann Puelschen, aus Liebe zur Mutter, die seit Jahren unter den Mißhandlungen des Vaters litt, erschossen. Der Staatsanwalt beantragte mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß das Gesetz in solchem Falle keine mildernden Umstände gelten lasse, die Todesstrafe. Das Urteil des Gerichts lautete auf Freispruch.

Großstadtelend.

wtb. **Berlin**, 22. März. (Tel.) Heute vormittag wurden in Wilmersdorf die 41jährige Witwe Martha Sorgatz und ihr 19jähriger Sohn Ernst völlig erschöpft aufgefunden. In der Wohnung lag der Schutt einen halben Meter hoch, der bereits in Fäulnis übergegangen war. Der herbeigerufene Arzt ordnete die sofortige Ueberführung der beiden Erschöpften ins Krankenhaus an. Die Wohnung wurde von der Polizei versiegelt, um weitere Nachforschungen anstellen zu können.

Eine Familientragödie.

wtb. **Aulfingen**, 22. März. (Tel.) Der Reisende Halter hat seine Frau und seine drei Kinder getötet und schließlich sich selbst erschossen. Der Grund zur Tat dürfte in finanzieller Not zu suchen sein.

Letzte Funkmeldungen.

Schweres Automobilunglück.

wtb. **Wiesbaden**, 22. März. (Funkspruch). Auf der Adolfshöhe zwischen Wiesbaden und Biebrich ereignete sich am Sonntag abend ein schweres Automobilunglück, bei dem zwei englische Soldaten getötet und ein dritter schwer verletzt wurden.

Neues deutsch-portugiesisches Handelsabkommen.

wtb. **Berlin**, 23. März. (Funkspruch). Ein neues deutsch-portugiesisches Handelsabkommen ist am 20. März in Lissabon unterzeichnet worden. Das Abkommen enthält im wesentlichen die Vereinbarungen des bisher geltenden vorläufigen deutsch-portugiesischen Handelsübereinkommens vom 25. April 1923 und 31. Dezember 1924. Besonders wichtig ist, daß auf Grund des neuen Abkommens die deutschen Staatsangehörigen nunmehr auch in den portugiesischen Kolonien bezüglich der Einreise, der Ausübung von Handel und Gewerbe, der Niederlassung und des Erwerbs von Liegenschaften die gleichen Rechte wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nationen haben werden. Portugal sind Zollzugeständnisse für Dessertweine, Ananas, Tunnfischkonserven und Korkstopfen gemacht worden. Die Geltungsdauer des bisherigen Handelsübereinkommens ist bis zum 30. April d. J. vereinbart worden, um inzwischen die Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften einholen zu können.

Zugzusammenstoß.

wtb. **Halle**, 22. März. (Funkspruch). Heute nachmittag sind auf dem Bahnhof Wülknitz der Strecke Elsternwerda—Riesa zwei Güterzüge mit Personenbeförderung infolge falscher Einstellung der Fahrstraße zusammengestoßen. 3 Personen sind tot, 8 schwer und 3 leichter verletzt worden.

Strafvollstreckung gegen einen deutschen Redakteur in Polen.

wtb. **Kattowitz**, 22. März. (Funkspruch). Der reichsdeutsche Redakteur Wilhelm Schittko, der auf Grund eines Artikels in der Kattowitzer Zeitung, für den er verantwortlich zeichnete, vom Kreisgericht von Kattowitz zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, mußte diese Strafe heute antreten, nachdem die zweite und dritte Instanz das Urteil bestätigt hatten.

Abbau der polnischen Eisenbahnerlöhne.

pw. **Warschau**, 23. März. (Funkspruch). Im Budgetausschuß des Landtages wurde bei der Beratung des Eisenbahnetats trotz des Widerspruchs des Eisenbahnministers mit den Stimmen der Rechten beschlossen, die Gehälter der Eisenbahner um 5 Prozent zu kürzen. Darauf erklärten die Vertreter der Sozialdemokraten und der nationalen Arbeiterpartei, an den weiteren Budgetberatungen nicht mehr teil nehmen zu wollen und verließen das Beratungszimmer. Die politischen Weiterungen dieses Zwischenfalles sind noch nicht abzusehen, da die Regierung Skrzynisky sich auch auf diese beiden Parteien stützt.

Aus Stadt und Umgebung

Zur Berufswahl der Mädchen.

Die Frage der richtigen Berufswahl ihrer Töchter bewegt in diesen Wochen wieder viele sorgende Väter und Mütter. Wohin wir sehen, in allen Berufszweigen spricht man von Ueberfüllung, Abbau, Stillstand der Produktion. Da wird es schwer möglich sein, daß alle Berufswahlwünsche in Erfüllung gehen, da das Angebot von Lehrmädchen weit größer ist, als Stellen vorhanden sind. Nur zu einem Beruf ist der Andrang gering, zu dem der Hausangestellten. Und doch wissen wir alle, daß die Beherrschung dieser Arbeit für jedes Mädchen, ganz gleich, ob es in dem Beruf bleibt, ob es später in einem anderen Berufe tätig ist, oder ob es einen eigenen Hausstand zu führen hat, unendlich wichtig ist. Ebenso ist es erwiesen, daß für die meisten Mädchen das körperliche Ausarbeiten gerade in den Entwicklungsjahren viel gesundheitsfördernder wirkt als das Stillesitzen über Näh- und Büroarbeit. Der junge Mensch, der 8 Jahre fest auf der Schulbank gesessen hat, braucht nach dieser Zeit Bewegung und abwechselnde Arbeit. Warum nun haben unsere Mädchen und deren Eltern häufig solche Abneigung gegen die Arbeit in einem fremden Haushalt? Als Schreckensbild schwebt ihnen das kleine, für die angeblich zu schwere Arbeit zu schwache Dienstmädchen vor, das nur alle grobe Arbeit machen muß, das von allen geschubst wird, das morgens die Erste und abends die Letzte sein muß! Sicherlich gibt es manchmal eine derartig zu verurteilende Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskraft im Haushalte; aber ebenso sicher gibt es viele Hausfrauen, die als rechte mütterliche Erzieherinnen solch junges Mädchen gern in ihr Haus nehmen, denen es Freude macht, es in alle Geheimnisse der Wirtschaftsführung einzuleiten. Und darum wäre es äußerst wünschenswert, wenn sich die Abneigung gegen die Hausangestellten schaft wieder beseitigen ließe.

Schwerte, den 23. März.

-:- **Haben wir 1926 eine gute Obsternte zu erwarten?** Die aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, insbesondere aus Thüringen, eingehenden Meldungen lassen diese Frage bejahend beantworten. Der strenge Vorwinter hat stark vernichtend auf die Obstbaumschädlinge gewirkt, und der Fruchtknospenansatz ist durchweg viel reicher als im vergangenen Jahre. Pfirsiche und Aprikosen sind durch die milde Witterung der letzten Zeit bereits sehr weit vorgeschritten und versprechen, wenn die Blüte nicht durch Frost und Schnee noch Schaden leidet, zweifellos eine gute Ernte. Ebenso zeigen Aepfel und Birnen und alle Sorten Pflaumen eine erfreuliche Entwicklung. Auch der Wein hat den Winter ohne allen Schaden überstanden, und die reichlichen Blütenknospen an den Kirschbäumen und Beerensträuchern versprechen ebenfalls schönen Ertrag.

÷ **Gesegnetes Alter.** Am heutigen Tage kann die Witwe Heinrich Jungholt, Heidestr. 24, in geistig seltener und körperlich dem Alter entsprechender Frische ihren 91. Geburtstag feiern. Als Tochter des Leinewebers Christoph Herbst wurde sie am 23. März 1835 in der Kampstraße geboren. Die Greisin erinnert sich heute noch oft und gern der über 80 Jahre zurückliegenden Sitten und Gebräuche der einstigen kleinen Acker- und Leinwebersstadt Schwerte. — Als langjähriger Abonnentin unserer Zeitung hiermit herzlichste Gratulation!

÷ **Die älteste Anwohnerin der Friedrichstraße,** die Witwe B. Rüberg, begeht am heutigen Tage in voller Frische ihren 80. Geburtstag. Dem betagten Geburtstagskind, das auch langjähriger Abonnent unserer Zeitung ist, unsern herzlichsten Glückwunsch.

÷ **Neupflasterung.** Die seit einigen Tagen von der Fa. Hofacker-Schöler, Hörde, unterhalb des Kl. Bogens an der Hörder Straße vorgenommene Neupflasterung ist jetzt bald fertiggestellt. Durch Höherlegung der Straßenbahnschienen ist endlich einem alten Uebel abgeholfen worden. Bei dem geringsten Regenfall wurde die Straße überschwemmt und das Wasser blieb über der ganzen Straße hinweg stehen, um zuletzt einen dicken Schlamm zurückzulassen.

÷ **Hinweis.** Unserer heutigen Stadtauflage liegt ein Prospekt der Fa. Wilh. Sträter, Aplerbeck, bei, den wir zur gefl. Durchsicht empfehlen.

÷ **Militär-Konzert.** Wiederum gastiert am kommenden Sonntag, den 28. d. Mts., nachm. 4 Uhr eine Militärkapelle am Freischütz. Das Musikkorps des 18. Inft.-Regts. aus Münster, unter Leitung des Musikdirektors R. Lehmann, hat sich hier bereits große Sympathien erworben, und dürfte das kommende Konzert wiederum ein großer Erfolg werden.

÷ **Das Streichkonzert** des 6. Artl.-Regiments aus Minden am Sonntag im Freischütz erfreute sich eines ungemein regen Besuches, so daß der Saal vollständig besetzt war. Das Musikkorps, unter Leitung des Obermusikmeisters Adam, wickelte ein ebenso fein zusammengestelltes wie reichhaltiges Programm ab. Das Konzert war in allen Teilen ein großer Erfolg, und hat Herr Stratmanns die Kapelle sogleich für beide Pfingsttage verpflichtet. Die Schützen haben zu ihrem Fest auf alle Fälle eine Musik, die man als ganz erstklassig bezeichnen muß.

+ **Aus der kathol. Gemeinde.** In der dichtbesetzten kathol. Pfarrkirche sprach gestern abend der als glänzender Kanzelredner hier bestens bekannte Pater Zurbausen-Düsseldorf über „Jesuitismus". Er verstand es meisterlich, den Stoff interessant und fesselnd zu gestalten und seinen Zuhörern näher zu bringen. Nach einem längeren Rückblick auf die Geschichte und das Wesen des Jesuitenordens beschäftigte er sich eingehend mit der so vielfach bekämpften und mißverstandenen Moral des Ordens, von der selbst Graf Hornsbroich in seinem „Austritt aus dem Jesuitenorden" sage: „Was speziell die vielgeschmähte Moral des Ordens angeht, so ist sie eine Moral von tadelloser Lauterkeit; die sogenannte „Jesuitenmoral" bildet die eigenen Glieder des Ordens zu Männern des reinsten Lebenswandels heran". Zusammenfassend kam der Redner zu folgendem Schluß: Der wahre Jesuitismus ist ausgesprochen in dem Namen Gesellschaft Jesu. Nachfolge Christi ist zwar das Ziel jedes echten Christen und namentlich jedes Ordensmannes. Diese Nachfolge Christi, aufgefaßt und verwirklicht in dem ritterlichen Geiste von St. Ignatius, dem Stifter des Ordens, ist aber auch das besondere Ideal, das der Gesellschaft Jesu vorschwebt. Sie will eine Schar sein, die im eigenen Leben der Person des Heilandes möglichst ähnlich wird, die in Liebe und Begeisterung für ihn sein Werk, die Ausbreitung des Reiches Gottes in den Herzen der Menschen fördern will; eine Apostelschar, immer bereit und gerüstet, sich da einzusetzen, wo Gottes größere Ehre es erheischt. Den fesselnden Ausführungen wurde mit großer Aufmerksamkeit gefolgt.

+ **Ferienschulfahrten.** Nach den Bestimmungen des Deutschen Eisenbahn-Personen- u. Gepäcktarifs können die Ermäßigungen, die zu Ferien- und Schulfahrten vorgesehen sind, an einzelnen Tagen, namentlich zu Zeiten starken Verkehrs versagt werden. Da im vergangenen Jahre namentlich zu Beginn der Ferien durch das massenweise Auftreten von Schulfahrten verschiedentlich Betriebsschwierigkeiten entstanden sind, ist von dieser Möglichkeit schon wiederholt Gebrauch gemacht worden. Die Reichsbahndirektion Elberfeld beabsichtigte zunächst zu Beginn der Oster-, Pfingst- und Herbstferien ebenfalls keine Fahrpreisermäßigungen für Schulfahrten zu bewilligen, um die glatte Durchführung des starken Verkehrs zu diesen Zeiten nicht zu gefährden. — Sie hat diese Anordnung jedoch jetzt wieder aufgehoben, und zwar zunächst für die Osterferien sowie für die Herbst- und Weihnachtsferien. Wenn die weitere Entwicklung des Verkehrs es zuläßt, wird die Sperrung der Schülerfahrten auch zu Pfingsten aufgehoben oder doch wenigstens gemildert werden.

+ **Aus der Arbeiterbewegung.** Im Kordeckschen Lokale tagte am Sonntag vormittag eine Delegiertensitzung des hiesigen Ortskartells des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der christlichen Gewerkschaften, die sich eines überaus guten Besuches erfreute. Der 11. Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der vom 17. bis 20. April in Dortmund stattfindet, wirft seine Schatten bereits voraus und die einzelnen Berufsverbände setzen alle Kräfte ein, um diese Kundgebung zu einer machtvollen Tat des Berufsgedankens zu gestalten. Der Vorsitzende des Ortskartells, Stadtv. Bozetti, erstattete den Jahresbericht, schilderte die gegenwärtige wirtschaftliche Lage im engeren und weiteren Bezirk, und beschäftigte sich dann in längeren Ausführungen mit den immer wiederkehrenden und schon so oft widerlegten Klagen der Arbeitgeber über die angeblich untragbare Belastung der Wirtschaft mit den Ausgaben für soziale Zwecke. An Hand der sozialpolitischen Rede des Zentralvorsitzenden Stegerwald zum Etat des Reichsarbeitsministeriums konnte festgestellt werden, daß Reich und Länder an Pensionen für einige hunderttausend Offiziere und Beamte mehr aufbringen müssen als für die Unterstützung von über 2 Millionen erwerbsloser Volksgenossen. In Vertretung des verhinderten Stadtrats Rosik gab Gewerkschaftssekretär Scheidt-Hörde einen längeren Bericht über den Verlauf der Lohnkämpfe der Eisenbahner in den Bezirken Hagen, Schwelm, Arnsberg usw. und kam dann auf die Zustände zu sprechen, die in letzter Zeit beim Arbeitsamt Hörde eingerissen seien. Alle Bemühungen der christlichen Arbeiter und Angestellten, hier Abhilfe zu schaffen, seien vergeblich gewesen, und werde nichts anderes übrig bleiben, als sich beschwerdeführend an den Oberpräsidenten und den Reichsarbeitsminister zu wenden. Die einzelnen Berufsgruppen gaben den Gewerkschaftssekretären Rosik und Scheidt weitgehende Vollmacht zum Handeln und werden deren Bemühungen mit allen Kräften unterstützen. Auch soll die Oeffentlichkeit durch Zeitungsartikel über die Zustände beim Hörder Arbeitsamt aufgeklärt werden. Nach reichlicher Aussprache schloß der Vorsitzende die Tagung mit der Aufforderung: „Nie verzagen, krafvo.. wagen!"

+ **Kongreß für Kirchenmusik.** Für den vom 6. bis 9. April in Dortmund stattfindenden Kongreß für Kirchenmusik, auf den schon kurz hingewiesen wurde, ist folgendes Programm vorgesehen: Nach der Dienstag, den 6. April, im Festsaale des Alten Rathauses nachmittags 4 Uhr stattfindenden Eröffnung und Begrüßung hält Geheimrat und Professor Dr. Smend-Münster einen Vortrag „Ueber den Gottesdienst derer, so mit Ernst Christen sein wollen". Im Anschluß daran spricht Dr. Ritheisel-Frankfurt über „Die Physiologie der Stimme". Der erste Tag findet seinen feierlichen Abschluß durch einen öffentlichen Gottesdienst in der Marienkirche nach Luthers Grundsätzen in der Deutschen Messe 1526, wobei Generalsuperintendent D. Zöllner-Münster die Predigt halten und der Kirchenchor der Marienkirche mitwirken wird. Für Mittwoch, den 7. April, sind folgende Vorträge geplant: „Entwicklung der menschlichen Stimme vom ersten Schrei des neugeborenen Kindes bis zur Stimme des Erwachsenen" (Dr. Ritheisel-Frankfurt), „Von der Barok-Orgel bis zum Orgelwerk der Gegenwart" mit Beispielen an der Orgel (Dr. Walcker und Gerard Bunk), „Aus Dortmunds kirchenmusikalischer Vergangenheit" (Pfarrer Lic. Stein), „Der Anteil der Jugend an der Wiederbelebung der Kirchenmusik" (Dr. Hensel). Abends um 7 Uhr wird ein Konzert des bekannten Madrigalchors unter Leitung von Direktor Holtschneider die Kongreßbesucher erfreuen, wie auch die beiden nachfolgenden Tage ihr besonderes Gepräge durch hochwertige musikalische Veranstaltungen erhalten, und zwar Donnerstag abends um 8 Uhr durch die Musikfeier in der Reinoldikirche (Bachverein unter Leitung von Gerard Bunk) und Freitag durch ein volkstümliches Konzert der Kirchenchöre Dortmunds. Von den für die beiden letzten Tage in Aussicht genommenen Vorträgen, die durch Besichtigungen unterbrochen werden, nennen wir noch „Hygiene der Stimme" (Dr. Ritheisel-Frankfurt), „Die verschiedenen Gattungen der religiösen Musik" (Pfarrer Lieve-Bochum), „Die Kunst des Dirigierens" (Direktor Holtschneider), „Auf dem Wege zum deutschen Einheitsgesangbuche" (Pfarrer Plath-Essen, Vorsitzender des Evgl. Kirchengesangvereins für Deutschland), „Die moderne Lyrik und ihr Heimatrecht in unserm Gesangbuch" (Pfarrer Torhorst-Hamm) u. a. Die interessante Veranstaltung kann allen Freunden evangelischer Kirchenmusik warm empfohlen werden.

÷ **Abnahme der ansteckenden Krankheiten.** Die übertragbaren Krankheiten haben im Reich in der Woche vom 14.—20. März gegen die Vorwoche bei Diphtherie um 45 auf 650 Erkrankungen abgenommen, Kindbettfieber um 5 auf 166, Unterleibstyphus um 4 5auf 91, Ruhr um 23 auf 41, Genickstarre um 7 auf 15, Bißverletzungen durch tolle oder verdächtige Tiere um 14 auf 9. Erfreuliches Zeichen.

÷ **Wetterbericht der Wetterwarte Essen** vom 22. März: Die Wetterlage zeigt wenig Aenderung, da sowohl das vom Nordmeere nach Mitteleuropa reichende Hochdruckgebiet wie auch die Tiefdruckgebiete über Südeuropa fortbestehen. In Deutschland herrschte heute früh bei schwachen nordöstlichen Winden meist trockenes und ziemlich heiteres Wetter; nur im Nordosten und Süden war es stärker bewölkt mit leichten Schneefällen. Die Morgentemperaturen lagen zwischen +1 und —4 Grad. — Wetteraussichten bis Mittwoch: Meist trocken und vielfach heiter bei schwachen nordöstlichen Winden, tagsüber ziemlich mild, nachts auch weiterhin Frost.

÷ **Hörde,** 22. März. Das Verschmieren der Häuser durch Plakatankleben nimmt in der letzten Zeit wieder einen geradezu skandalösen Umfang an. Namentlich in der Nacht zum Sonntag ist das ganze Straßenbild durch diesen Unfug aufs ärgste verschandelt. Nicht allein, daß die Hauswände und -Ecken mit Plakaten beklebt waren, man hat sogar die Schaufensterscheiben in der gröbsten Weise damit versaut. Für die Parteien oder Interessengruppen, welche sich auf diese Weise bemerkbar machen, dürfte das aber keine Empfehlung sein, vielmehr aus Mißfallen darüber gerade das Gegenteil von dem erzeugt werden, was die Plakate bezwecken wollen. Es würde uns nun aber sehr interessieren, einmal zu hören, was die Polizei gegen die Verschmierer unternommen hat, und ob es wohl in einem Falle gelungen ist, eines solchen habhaft zu werden. Unsere Stadtverwaltung dürfte auch ein großes Interesse daran haben, daß die Polizei gegen den Plakatankleben unfug energisch vorgeht. Wenn das nicht der Fall ist, wird wohl kein Hausbesitzer sich dazu verstehen, seinem Hause einen Anstrich zu erhalten, der zu einer Verschönerung des Straßenbildes beiträgt. — Dieser Unfug sollte auch hier in Schwerte abgeschafft werden.

÷ **Hörde,** 22. März. Zu einer Schlägerei kam es am Sonnabend nachmittag in einer Wirtschaft an der Hermannstraße, in deren Verlauf einige Fensterscheiben zerschlagen wurden.

Zweckverband – nicht Eingemeindung.

Ein Beispiel von Gelsenkirchen und Buer.

Hörde, 23. März. Gegenüber den Dortmunder Eingemeindungsbestrebungen haben wir schon vor Jahren die Ansicht vertreten, daß die Fragen, welche sich über das eigene Gebiet hinaus auf die Nachbargemeinden erstrecken, in mindestens gleich guter Weise durch einen Zweckverband wie durch eine Eingemeindung und damit Vernichtung selbständiger Gemeinwesen gelöst werden können. Gerade zur rechten Zeit kommt nun aus Gelsenkirchen-Buer die Meldung, daß diese beiden Stadtgemeinden sich zur Regelung ineinandergreifender Interessen auch für den Weg des Zweckverbandes entschlossen haben. Vorerst liegt der Satzungsentwurf vor, aus dem wir — bei dem großen Interesse, welches er zur Zeit finden dürfte — die wichtigsten Paragraphen nachstehend wiedergeben:

§ 1. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte Gelsenkirchen und Buer.

§ 2. Die Aufgaben des Zweckverbandes sind folgende:

1. Schaffung eines einheitlichen Bebauungsplanes für das Verbandsgebiet, Feststellung und Aufhebung von einzelnen Fluchtlinien, Grünflächen und Verkehrsbändern, soweit bisher die Zuständigkeit der Städte Buer und Gelsenkirchen bestand.
2. Erwerbung, Sicherung und Erhaltung größerer von der Bebauung freizuhaltender Flächen (Wälder, Parks, Wiesen, Sport- und Spielplätze usw.).
3. Erwerbung, Sicherung und Unterhaltung von Natur- und Kunstdenkmälern.
4. Fürsorge für möglichste Förderung, insbesondere Vereinheitlichung des Verkehrswesens im Verbandsgebiet (Straßenbahn, Eisenbahn, Hafen, Luft- und Autoverkehr).
5. Gemeinsame Verwendung der Schlacht- und Viehhöfe zum Zwecke ihrer Vereinheitlichung und Vervollkommnung.
6. Schaffung und Unterhaltung kultureller Einrichtungen.
7. Mitwirkung bei gesundheitsfürsorgerischen Maßnahmen von erheblicher Bedeutung für das Verbandsgebiet.
8. Gemeinschaftliche Gasversorgung.
9. Fürsorge für gute und gleichmäßige Beamtenausbildung.

§ 3. Der Zweckverband bildet einen Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten mit Rechten einer Porporation. Er erhält die Bezeichnung „Zweckverband Gelsenkirchen-Buer". Sein Sitz ist die Stadt Gelsenkirchen.

§ 4. Der Verband ist berechtigt, in sinngemäßer Anwendung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 Gebühren und Beträge zu erheben. Soweit die eigenen Einnahmen des Verbandes, die Gebühren und Beiträge zur Bestreitung der Verbandsausgaben nicht ausreichen, wird der Fehlbetrag auf die Verbandsmitglieder nach dem Maßstabe des Steueraufkommens umgelegt, welches der Provinzial-Besteuerung für dasselbe Jahr zugrunde gelegt wird.

§ 5. Die Organe des Zweckverbandes sind der Verbandsausschuß und der Verbandsvorsteher. Der Verbandsausschuß besteht aus den Abgeordneten der Verbandsglieder. Er setzt sich zusammen aus:

1. Einem Fünftel der in Gelsenkirchen und Buer jeweils vorhandenen Stadtverordneten der Stadtverordneten-Versammlung, so zwar, daß bei der Berechnung auf volle Zahlen nach oben abgerundet wird;
2. dem Verbandsvorsteher;
3. dem stellvertretenden Verbandsvorsteher;
4. Magistratspersonen der beiden Verbandsglieder, wobei auf Gelsenkirchen 3, auf Buer 2 entfallen.

Die §§ 6—9 behandeln den Verbandsausschuß.

§ 10. Der Verbansvorsteher führt den Vorsitz im Verbandsausschuß mit vollem Stimmrecht und gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag.

§ 11. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Verbandes. Er bereitet die Beschlüsse des Verbandsausschusses vor und trägt für ihr Ausführung Sorge. Er ist der Dienstvorgesetzte sämtlicher Verbandsbeamten, er vertritt den Verband nach außen hin in allen Angelegenheiten. Er verhandelt namens des Verbandes mit Behörden und Privatpersonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle Schriftstücke. Dem Verbandsvorsteher können noch andere Oberbeamte zugeordnet werden.

§ 12. Urkunden über Rechtsgeschäfte, die den Verband dritten gegenüber verpflichten sollen, und Vollmachten müssen von dem Verbandsvorsteher und seinem Stellvertreter unterzeichnet sein. Ist einer dieser beiden verhindert, so wird er durch den im voraus zu bezeichnenden Beigeordneten (für Gelsenkirchen) bezw. Stadtrat (für Buer) vertreten.

Die §§ 13 und 14 behandeln die Mitbenutzung der öffentlichen Anlagen, Anstalten und Einrichtungen.

§ 15. Aenderungen dieser Satzung können nur durch freie Vereinbarung zwischen den Städten Gelsenkirchen und Buer zustande kommen.

§ 16. Die Auflösung des Zweckverbandes kann von jeder der beiden Städte Gelsenkirchen und Buer beantragt werden, aber frühestens zum 1. April 1935. Der Auflösungsantrag ist dem Verbandsvorsitzenden mindestens zwei Jahre vorher und zwar durch eingeschriebenen Brief einzureichen. Wird dieser Antrag nicht gestellt, so besteht dieser Zweckverband mindestens bis zum 1. April 1940 weiter und so fort, jedesmal auf fünf weitere Jahre, wenn seine Auflösung nicht zwei Jahre vorher durch eingeschriebenen Brief an den Verbandsvorsitzenden beantragt wird. Bei einer Auflösung des Zweckverbandes ist über die Verwendung und Anrechnung der Einrichtungen des Zweckverbandes auf die Beteiligten eine Einigung zwischen den beiden Verbandsmitgliedern herbeizuführen. Läßt sich eine Einigung nicht erzielen, so ist diejenige Stadt, in der sich die Einrichtung befindet, verpflichtet, diese zu übernehmen unter Erstattung des Betrages, den die andere Stadt zu den Kosten der Einrichtung beigetragen hat. Im übrigen entscheidet für alle Meinungsverschiedenheiten bei einer etwaigen Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten ein Schiedsgericht, welches aus je einem Vertreter der beiden Städte Gelsenkirchen—Buer und aus einem Obmann besteht, der vom Regierungspräsidenten in Arnsberg bestimmt wird.

Fay's echte Sodener Pastillen gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung

Die Gefährdung der christlichen Schulen.

Wir haben hier im Westen in manchen Gemeinden eine linksradikale Mehrheit und infolgedessen Schuldeputationen, deren Mitglieder in der Mehrheit gar kein Verständnis für die christliche Schule haben. Es ist deshalb mit besonderer Freude zu begrüßen, daß der preußische Landtag folgenden Beschluß gefaßt hat: „Das Staatsministerium ist zu ersuchen, Sorge zu tragen, daß nicht durch solche Schuldeputationen, deren Mitglieder in der Mehrzahl Gegner der christlichen Schule sind, die Belange der evangelischen und katholischen Schule gefährdet werden." Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat diesen Beschluß den Regierungen und Provinzialschulkollegien zur Kenntnisnahme weitergegeben. Unsere christlichen Schulen, die sich in Bedrängnis fühlen, können infolgedessen sich auf diesen wichtigen Landtagsbeschluß jederzeit berufen.

—oo—

Jahresschau Deutscher Arbeit Dresden 1926.

Die diesjährige Jahresschau Deutscher Arbeit bringt „Blumen und Kunst". Leider aber scheint nach dem Urteil der Ausstellungsleitung die deutsche Kunst nicht auszureichen, und man kündet deshalb eine „Internationale Kunstausstellung" an. Herr Generaldirektor Posse, Dresden, hat selbst die Hauptstädte des Auslandes besucht und die ausländischen Werke für die Jahresschau „Deutscher Arbeit" persönlich ausgewählt. In einigen Jahren wird es die Welt gewiß für einen Aprilscherz halten, wenn jemand behauptet, daß es in Deutschland Künstler gibt.

Dortmund im Flugverkehr 1926.

Am 6. April starten die deutschen Verkehrsflugzeuge nach kurzer Winterpause wieder zur Befliegung eines Teiles der für 1926 festgelegten Luftverkehrsstrecken; noch im Laufe des April werden sämtliche Luftverkehrslinien, die für die diesjährige Flugperiode vorgesehen sind, in Betrieb genommen.

Im Deutschen Flugverkehrsnetz 1926 wird Westfalen und das westfälische Industriegebiet wieder mit einer Reihe wichtiger Verbindungen, die im Vergleich zum Vorjahre eine wesentliche Verbesserung erfahren haben, vertreten sein. Wie aus obiger Skizze ersichtlich ist, wird der in Dortmund-Brackel gelegene Flughafen der Welu folgende Linien aufweisen: 1. Essen-Dortmund-Frankfurt (Mittagsverbindung). In Frankfurt Anschluß nach Mannheim-Basel, nach Mannheim-Stuttgart-Zürich, nach Mannheim-Stuttgart-München; sowie an die Schwarzwaldlinie Mannheim-Karlsruhe-Baden-Baden-Villingen-Konstanz. 2. Dortmund-Essen-Köln-Frankfurt-München-Wien-Budapest. (Nachmittagsverbindung). In München Anschluß nach Innsbruck. 3. Krefeld-Essen-Dortmund-Braunschweig-Berlin. In Berlin Anschluß nach Danzig-Königsberg-Tilsit-Memel und nach Breslau-Gleiwitz. 4. Köln-Düsseldorf-Essen-Dortmund-Bremen-Hamburg. In Hamburg Anschluß nach Kopenhagen-Malmö. In Köln ist bei günstigem Ausgang der Pariser Verhandlungen Anschluß nach Paris vorgesehen. 5. Dortmund-Kassel-Halle-Leipzig. 6. Als durchgehende internationale Linie: Dortmund-Essen-Rotterdam-London.

Die Linie 5 und 6 haben in Dortmund aneinander Anschluß.

Die Reisemöglichkeiten, die sich von Dortmund aus mit dem Flugzeuge aus bieten, sind also sehr vielseitig. Neben den bedeutendsten deutschen Städten sind wichtige Verkehrsplätze des Auslandes (Dänemark, Schweden, Holland, England, Schweiz, Oesterreich, Ungarn und evtl. Frankreich) schnell und sicher zu erreichen.

—oo—

Vermischtes.

Die Frau als Mann.

Im Kreise Radomsko (Polen) wanderte seit längerer Zeit ein Mann mit einer tragbaren Apotheke umher, der in den Dörfern die Funktionen eines Arztes ausübte. Auf Ersuchen des Kreisarztes Dr. Herzberg wurde der Mann wegen Kurpfuscherei verhaftet. Der Verhaftete stellte sich als „Stanislaw Polecki" vor. Man entdeckte jedoch, daß Polecki — eine Frau sei. Ins Verhör genommen, erzählte sie ihre eigenartige Lebensgeschichte: Bei der Taufe erhielt sie — warum, ist unbekannt — den männlichen Namen Stanislaw und wurde auch in den ersten Jahren als Knabe erzogen. Später jedoch erkannte sie ihr wirkliches Geschlecht, trug von da ab Mädchenkleider und heiratete 1913 den Hauptmann der russischen Armee Alexander Pawlenko. Als der Krieg ausbrach, zog sie Männerkleider an und kämpfte an der Seite ihres Mannes, der in der Schlacht bei Mlawa fiel; sie selbst wurde verwundet und kam ins Lazarett, wo man ihr Geschlecht entdeckte; die Frau blieb daraufhin als Krankenpflegerin im Heere. Im Jahre 1919 kehrte sie nach Polen zurück. Im Kriege gegen den Sowjetstaat meldete sie sich freiwillig als Mann zum Heere und machte die Schlacht bei Warschau mit und wurde verwundet. Als man wiederum konstatierte, daß sie eine Frau sei, wurde sie abermals Krankenschwester und blieb bis zum Ende des Krieges in dieser Stellung. Dann zog sie Männerkleidung an und gab sich als Heilkundigen. Im Dorfe Getlyn (Kr. Radomsko) lernte sie eine reiche Witwe namens Antonia Kaczmarek kennen, die sie zu heiraten beschloß. Kurz vor der Hochzeit verstarb die Witwe und hinterließ „ihrem Verlobten" 50 000 Zloty, die die Polecka auf Grund ihrer männlichen Ausweispapiere abheben konnte.

Marktberichte.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

Dortmund, 22. März 1926.

(Amtlich.) Zu dem heutigen Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben: 556 Stück Großvieh, 756 Kälber, 116 Schafe, 2585 Schweine.

Bezahlt wurden heute für 100 Pfd. Lebendgewicht: 1. Rinder. a) Ochsen a) —, b) 48—52, c) 42—47, d) 35—41; b) Bullen: a) 52—55, b) 47—51, c) 35—46; c) Färsen und Kühe: a) 52—55, b) 48—51, c) 40—47, d) 30—39, e) 18—29. 2. Kälber. a) —, b) 80—83, c) 72—79, d) 57—71, e) 40—56. 3. Schafe. b) Weidemastschafe: a) 50—55, b) 30—49. 4. Schweine. a) 81—82, b) 80—87, c) 77—79, d) 74—76, e) 70—73.

Marktverlauf: Kälber gut, Schweine schleppend, sonst langsam.

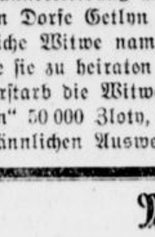
Essener Schlachtviehmarkt vom 22. März.

Auftrieb: 291 Stück Großvieh, darunter 60 Ochsen, 75 Bullen, 131 Färsen und Kühe, 140 Stück Jungvieh, 949 Kälber, 53 Schafe, 3076 Schweine. Es wurden im Großhandel für 100 Pfd. Lebendgewicht bezahlt (niedrigster und höchster Preis): 42—50, Bullen 40—52, Färsen und Kühe 25—55, Jungvieh 35—40, Kälber 42—110, Weidemastschafe 38—58, Schweine 72—84. Das Geschäft verlief langsam.

MAGGI's Würze hilft in der Küche sparen.

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze.

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu RM 6.50.



Die Hälfte meines Gartens in den Ruhrweiden mit Obst ist gegen Instandhaltung des ganzen Gartens an ordentl. kinderloses Ehepaar zu verpachten. 1062

H. Dannhäuser.



Gestern morgen 7 Uhr starb nach kurzem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, mein lieber Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

Fritz Sievert

im Alter von 37 Jahren, wohlvorbereitet durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente.

In tiefer Trauer:

Ww. Sievert
Ida geb. Dunker
nebst Angehörige.

Ergste, Bürenbruch, Schwerte, Garenfeld, Berghofen, Schüren, Olpe, 22. März 1926.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. März, nachmittags 2¾ Uhr vom Marienhospital Schwerte und 4 Uhr auf dem Friedhof in Ergste statt. 1063

Ihre Vermählung geben bekannt:

Rudolf Moritz
Emmy Moritz
geb. Siebert

Bad Salzuflen *Schwerte (Ruhr)*
23. März 1926

1067

Krebsfreie **Krebsfeste**

Saat-Kartoffeln

anerkannte Saatware von der Landwirtschaftskammer in Westpreußen und Grenzmark

gelbfl. Industrie i. Nachbau
gelbfl. Preußen i. Nachbau
Mittelfrühe Saat-Kartoffeln
Odenwälder Blaue i. Nachbau
Frühe Saatkartoffeln 955

Holländer Erstlinge, Perle von Erfurt, Glückstädter Frühste Juliniere

empfiehlt in gut sortierter, gesunder Saatware jedes Quantum zu billigsten Preisen. Landwirtschaftl. Vereine erbitte Offerte einzuholen.

Tel. 190. **Hans Müller**, Bahnhofstr. 27.

Einladung zur Sitzung der Stadtverordneten

am Dienstag, den 30. März 1926, nachmittags 5 Uhr im Rathaussaal hierselbst.

Tagesordnung:

I. Oeffentliche Sitzung.

1. Einführung eines neugewählten Stadtverordneten.
1a. Ersatzwahl für einen ausgeschiedenen Stadtverordneten in verschiedene Kommissionen.
2. Darlehn auf den Gemeindeanteil aus der Hauszinssteuer für 1926.
3. Ankauf von Eisenbahnwaggons zur Einrichtung dringender Notwohnungen.
4. Aufhebung der Wörthstraße zwischen Goethe- und Schillerstraße.
5. Festlegung der Grundsätze für die Bewilligung von Hauszinssteuerhypotheken.
6. Niederschlagung eines der Stadtkasse geschuldeten Betrages.
7. Erwerb eines Grundstückes und Errichtung eines Zaunes.
8. Erwerb eines Grundstückes.
9. Anstellung eines Beamten.
10. Bewilligung von Fahrtauslagen an auswärts wohnende Lehrpersonen der höheren Schulen.
11. Bewilligung einer Beihilfe zu Umzugskosten.
12. Uebernahme von Umzugskosten auf die Stadtkasse.
13. Anrechnung früherer Dienstzeiten auf das Pensionsdienstalter bei mehreren Beamten.
14. Schaffung einer weiteren Studienratsstelle am Realgymnasium.
15. Anstellung eines Studienrats am Realgymnasium.
16. Niederschlagung rückständiger Steuern.
17. Mitteilungen.

II. Geheime Sitzung.

Schwerte, den 22. März 1926.

Der Stadtverordneten-Vorsteher:
1054) Otto Willes.



Endlich ist **„Erzett"** auch in **Schwerte**

„Erzett" bringt Lust und **Freude jedem,** der einen Garten, Baumhof, Ackerland, Wiese oder Weide hat. Wer die staunenswerten Wirkungen von **„Erzett"** kennt oder auch nur einmal gesehen hat, ist **entzückt** und **begeistert** davon

„Erzett"-Gartendünger enthält etwa:

15 × soviel Stickstoff
22 × soviel Phosphorsäure } wie Stallmist
19 × soviel Kali

oder

11 × soviel Stickstoff
22 × soviel Phosphorsäure } wie Abtrittjauche
50 × soviel Kali

„Erzett"-Gartendünger ist somit das **beste** und **billigste** Düngemittel und dabei **recht sparsam im Gebrauch.**

„Erzett" wird niemals lose, sondern nur in plombierten Originalsäcken (neuen Jutesäcken!) zu 10, 20 und 50 Pfund, unter voller Garantie des Nährstoffgehalts, verkauft.

Alleinverkauf für Schwerte und Umgebung:

Joseph Kathol

Gartenbaubetrieb, Blumen- und Samenhandlung
Schwerte (Ruhr), Bahnhofstr. 9, Fernruf 403.

„Sanitätsrat"
Sonntag, den 28. März
Militär-Konzert
18. Infanterie Münster. 969

Zur Frühjahrsaussaat
empfehle ich als
Saat-Sommergetreide:
Saat-Weizen, -Gerste, -Hafer,
ferner
Saat-Wicken, -Lupinen, -Peluschken, -Wibbelbohnen, -Erbsen.
C. Lethaus
1066 Schwerte.

Fahrräder
Nähmaschinen
1. Fabrikate mit langjähriger Garantie.
Zahlungserleichterung
Ersatzteile
Reparaturen
prompt und preiswert.
Adolf Tondok
Hörderstr. 6.

Mittwoch, den 24. ds. Mts. vorm. 9 Uhr wird auf der Freibank

das Fleisch einer Kuh

verkauft. 1064

Schlachthofverwaltung

Saatkartoffeln!

Holländer Erstlinge
Perle von Erfurt
Paulsens Juli
Odenwälder Blaue
Gelbe Industrie
Gelbe Preußen

empfiehlt

C. Weinberg

Tapeten-Farben Oele-Lacke

kaufen Sie vorteilhaft und gut in der

Tapeten-Farben-Centrale
Ostenstraße 19. 935

Ia. Eiderfettkäse
9 Pfd. Mk. 6.- franko
Dampfkäsefabrik Rendsburg. 195

Lehrmeister-Bücherei

800 Nummern aus folgenden Gebieten:

Allgemeinbildung — Prakt. Beschäftigung f. Jung u. Alt — Gesundheitslehre — Handwerk im Hause — Hauswirtschaft — Jagd und Hund — Kleintierzucht — Landwirtschaft — Naturwissenschaft — Obst- u. Gartenbau — Spiel und Sport — Siedlungswesen.

Preis jeder Nummer nur 35 Pfg.

nebst kostenlosen Verzeichnissen erhältlich in der

Buchhandlung Carl Braus
Bahnhofstraße 3.

Nähmaschinen

gebe ich wegen Raummangel für eintreffende **Fahrräder** zu ermäßigten Preisen ab, auch auf Ratenzahlung. **Anleitung im Sticken und Stopfen gratis.** 954

Heinrich Voigt, Mechaniker
Brückstraße 7 und 8.

Privat-Kraftfahrschule Wilh. Brauckmann
Schwerte, Bahnhofstraße 16, Telefon 183

Ausbildung für Herren-, Damen- u. Berufsfahrer auf Wagen der neuesten u. modernsten Konstruktion.
Nachkurse. Einzelkurse. Eintritt täglich. Prospekte frei. 986

Familienwäsche

werden innerhalb kürzester Frist sauber und preiswert geliefert von

Schwerter Zeitung
(Carl Braus)

Lichtspiele zur Reichskrone

Nur 3 Tage
Dienstag / Donnerstag

Reveille -
Das große Wecken!

Soldatentragödie aus einer kleinen Garnison.
7 Akte 7 Akte

Hauptdarsteller:

Rittmeister von Wernig . . Werner Kraus
Ellen, seine Frau . . . . Ruth Weyher
Major a. D. v Stammer . . Alb. Steinrück
Lieutenant Helmuth Offen . . Gerd Briese
Gefreiter Barisch . . . . Fritz Kampers

In den Krallen der Schuld!

Tragödie eines Fürsorgezöglings. 6 Akte nach einer wahren Begebenheit.

Hauptdarsteller:

Schlossermeister Witt . . Ed. v. Winterstein
Seine Frau . . . . . Frieda Richard
Ortsvorsteher . . . . . Hermann Picha

Lustspiel-Einlage!

Großes Orchester 965

Die braune und schwarze Rasse!

Folgenden interessanten Artikel entnehmen wir der Zeitschrift „Auf der Warte" vom 21. 3. 26:

Eine der unheilvollen Folgen des Weltkrieges ist auch die, daß die braune und schwarze Rasse hellsehend geworden ist. Bis zum Kriege galt der Weiße als unbestrittener Herrscher der Farbigen; die ganze Kolonialpolitik ging dahinaus, der farbigen Rasse die absolute Vorherrschaft der Europäer begreiflich zu machen, ging es nicht im Guten, dann war auch jedes Mittel roher Gewalt und Grausamkeit gut genug, diese Hunderte von Millionen Menschen gefügig zu machen. Als im Weltkriege die Menschenreservoire Europas zu versiegen begannen, ging das Werben um die Hilfe der Farbigen an: England holte die Inder heran, Frankreich die Schwarzen; mit den stärksten Mitteln der Lüge wurde gearbeitet, um Wilde und Halbwilde gegen die deutschen „Barbaren" aufzubringen, geschmeichelt wurde ihnen als Retter der Zivilisation. Kein Wunder, daß ihr Selbstbewußtsein mächtig schwoll, die Rheinlandbesatzung tat dann noch das Ihrige dazu. Wie weit die Engländer gegangen sind, einen „sanften" Druck auf ihre Kolonialvölker ausübend, ist nicht bekannt, daß aber die Franzosen mit der größten Grausamkeit Zwangsrekrutierungen vorgenommen haben, das offenbaren nicht die französischen Kriegsakten — die hält man ja bei der ganzen Entente aus sehr durchsichtigen Gründen hinter dreifachem Verschluß —, desto besser aber bringen französische Gerichtsverhandlungen manches an den Tag, und zwar furchtbare Tatsachen. Vor dem Geschworenengericht der Seine fand nämlich ein hochpolitischer Beleidigungsprozeß des Präsidenten des Kolonialausschusses und Abgeordneten von Senegal, Diagne, gegen den Herausgeber der Halbmonatsschrift „Les Continents" statt. Diese Zeitschrift hatte gegen Diagne den Vorwurf erhoben, daß er sich in seiner Eigenschaft als Rekrutierungsbeamter in den französischen Kolonien während des Weltkrieges für die Rekrutierung von schwarzen Truppen habe bezahlen lassen. Wenn auch dieser Vorwurf gegenüber den Aussagen der früheren Ministerkollegen Diagnes nicht aufrecht erhalten werden konnte und der Prozeß mit der Verurteilung des Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis und einer hohen Geldstrafe endete, so bedeutete er doch ein vernichtendes Urteil des französischen Rekrutierungsverfahrens in den Kolonien während des Weltkrieges. Nach den eigenen Angaben des Herrn Diagne wurde nämlich festgestellt, daß die französische Eingeborenen-Rekrutierung für den Kampf an der Westfront nichts anderes war als eine gewaltsame Verschleppung von Eingeborenen, die infolge künstlich erregter Unruhen gefangen genommen waren, eine Verschleppung, die obendrein im Widerspruch stand mit den internationalen Abmachugen, nach denen die ausgehobenen Eingeborenen nur zu Polizeidiensten in ihrer Heimat verwendet werden durften. — Diagne, der Vorsitzende des französischen Kolonialausschusses und Rekrutierungsbeamter unter dem Ministerium Clemenceau, erklärte in seiner Verteidigungsrede wörtlich: „Bis zum Jahre 1917 arbeitete das Rekrutierungssystem in Westafrika in sehr willkürlicher Weise, indem Unruhen künstlich hervorgerufen wurden, auf Grund deren man gegen ihre Opfer vorging. Man hob nicht Soldaten aus, sondern man veranstaltete eine Menschenjagd, man umzingelte die Dörfer und brachte so Gefangene ein; alle, die sich nicht in das Dickicht flüchten konnten, wurden an die Yser oder an die Marne geschickt." — Der frühere Gouverneur des Sudan, Brunet, der den Herrn Diagne auf seinem Rekrutierungsfeldzuge in Westafrika begleitete, sagte aus: „Im Jahre 1917 wurden von dem Gouverneur Periquet 15 000 Stinkbomben, 15 000 Handgranaten, 15 000 Tränengasgranaten, vier Bombenflugzeuge und weiße Truppen angefordert, „um die Rekrutierung zu unterstützen" und die Eingeborenenerhebungen glaubhaft erscheinen zu lassen." — Diese unter Eid abgegebenen Aussagen der Abgeordneten erfuhren vorGericht keinerlei Widerspruch.

So handelte die „Kultur"macht Frankreich, der Hauptschreier, als es galt, Deutschland seine Kolonien abzunehmen, unter dem Vorwand, es sei unfähig, Kolonialvölker zu regieren. Nach dem Weltkriege scheinen sich große Dinge anzubahnen; die schwarze Rasse organisiert sich, sie hat die schwachen Seiten ihrer Unterdrücker erkannt, diese selber haben sie mit dem ganzen Mordmechanismus des modernen Krieges bekanntgemacht. Sie lehnt sich auf gegen ihre Unterdrücker — wie lange wird es währen, und aus der Defensive wird eine Offensive. Erst kürzlich veranstalteten die schwarzen Bergarbeiter Südafrikas einen großen Streik und forderten mit rücksichtslosen Drohungen Gleichberechtigung in Arbeitszeit und Lohn mit den Weißen. Auch der Sudan kommt nicht zur Ruhe; nach den Zeitungsberichten stellt sich der Aufstand der Nuba-Stämme bedeutend gefährlicher, als bisher zugegeben wurde. Diese Stämme haben mehr als 1000 Mann ins Feld gestellt, die gut bewaffnet sind und in den Schlupfwinkeln der dortigen Berge gute Unterkunft finden. Bis jetzt haben die Engländer mehr als 2000 Tonnen Fliegerbomben auf die Aufständischen abgeworfen. Es scheint jedoch, daß sich nur alteMänner, Frauen und Kinder den Engländern ergeben haben. Die „Times" geben zu, daß die Operationen nicht so durchgeführt werden konnten, wie sie geplant waren, da die Engländer gezwungen waren, ihre gesamten Streitkräfte an einer Stelle zu konzentrieren. Die englischen Verluste wurden bisher noch nicht angegeben. Nach anderen Blättermeldungen aus Karthum ist der Aufstand des Nubastammes im südlichen Sudan, der ungefähr 1000 Krieger zählte, niedergeworfen. An den Operationen gegen die Aufständischen, die sich mit ihrem Vieh und Wasservorräten in unzudringliche Höhlen zurückgezogen hätten, haben englischerseits Kamelreiter, Artillerie und Bombenflugzeuge teilgenommen.—So kolonisiert das perfide Albion, das über seine Schwarzen die Segnungen der Kultur in Gestalt von Fliegerbomben herabträufeln läßt. Wie lange wohl noch?

Jetzt ist dem angelsächsischen „Bund zur Verteidigung der weißen Rasse" (Neuyork, London, Sidney, Kapstadt) ein Geheimdokument mit der Ueberschrift „Die Schwarzen über die Weißen! Der unterirdische Funkspruch" in die Hände gefallen. Der Funkspruch trägt die Nummer 89, und es wird mehrfach auf die schon vorhergegangenen hingewiesen. Das hochinteressante Dokument enthält die Pläne„ die in der schwarzen Rasse durch die Knechtung Deutschlands und den selbstmörderischen Bruderzwist der weißen Rasse lebendig geworden und in allen Erdteilen im geheimen propagiert werden. Der Weltkrieg leuchte, so heißt es in dem Funkspruch, wie ein Lichtstrahl in die dunkle Leidenssehnsucht der schwarzen Rasse, die ohne Waffen und Bundesgenossen sich allein durch die Kriege unter den Weißen die Freiheit erkämpfen könne. Bücher wie „Der Untergang des Abendlandes" seien von den Schwarzen sehr ernst zu nehmen, während sie „glücklicherweise" von den Weißen noch nicht allzu ernst genommen würden. Als großer Triumph wird gefeiert, daß man den Negern erlaubte, Polizei beim Volke des Rheinlandes zu spielen und mit einer Handvoll bewaffneter schwarzer Männer eine der kraftvollsten Nationen Europas in Hilflosigkeit niederzuhalten. Die Ausbildung für einen europäischen Krieg sei von unschätzbarem Werte. Aber Frankreich fördere die Sache der Schwarzen nur aus Haß gegen den weißen Nachbar, sei aber in Wahrheit zusammen mit England der Todfeind und Ausbeuter von Millionen farbigen Volkes, die es in Marokko, Algier und am Kongo durch Alkohol, Drogen, Geschlechtskrankheiten und auf den Schlachtfeldern den blutdürstigen Weißen geopfert habe. Der französische Plan, mit Hilfe einer schwarzen Millionenarmee eine neue napoleonische Hegemonie in Europa aufzurichten, wäre fälschlich im Rundschreiben Nr. 83 bekämpft worden — er müsse vielmehr den Freiheitskampf der farbigen Rassen ermöglichen, indem zu bestimmter Zeit erfahrene schwarze Offiziere das Kommando übernehmen und gleichzeitig die Bewaffneten in Frankreich und in den Kolonien streiken. Fonds, die angeblich für erzieherische und wohltätige Zwecke gesammelt würden, müßten für die vornehmste Pflicht, für das Studium der modernen Kriegskunst, verwendet werden. Was neben den Waffen der Geist vermöge, bewiesen nicht nur die Erfolge des weißen Mannes, sondern habe auch das Beispiel Japan den „prahlerischen, christlichen Nationen" bewiesen. Der Tag des Negers bricht an! An jenem Tag wird der Bescheidenste unserer Rasse mit großer Macht über den Arrogantesten unserer Bedrücker ausgestattet werden. Laßt uns schweigen und arbeiten.

In der Zeitschrift „Die Weiße Fahne", Augustheft 1925, steht der Schluß einer Rede, die der Neger Burghardt du Bois gehalten hat: „So wild und entsetzlich dieser beschämende Weltkrieg auch war, so wird er dennoch nichts sein im Vergleich mit dem Kampf um die Freiheit, den die schwarze, gelbe und braune Menschheit führen wird so lange, bis Mißachtung, Beschimpfung und Unterdrückung ein für allemal aufgehört haben. Die schwarze Rasse wird sich die gegenwärtige Behandlung nur noch so lange gefallen lassen, als sie muß, nicht einen Augenblick länger." Und im Anschluß an diese Stimme der Eingeborenen sagt P. von Rechberg-Linten in der „Südschweiz": „Anstatt uns in den „Heidenländern" mit den Lehren unseres Gottes so fürchterlich zu blamieren, daß wir Weiße, die wir uns Christen nennen, heute zu der am meisten gehaßten Rasse auf der Erde gehören, sollten unsere Kirchen und Geistlichen und alle diejenigen, die wirklich die Religion und die Kultur gegenüber der Barbarei vertreten, die innere Missionsarbeit an unserer weißen Rasse beginnen. Was hilft es, wenn Chinesenmädchen und Negerknaben bekehrt werden, wenn die Britische Bibelgesellschaft Millionen von Bibeln in allen Erdenwinkeln verbreitet und dennoch wir selbst — unsere Politiker, Parlamente und Soldaten — immer wieder bereit sind, die grauenhaftesten Gewalt-, Zerstörungs- und Mordmittel gegen die farbigen Völker in Anwendung zu bringen, wenn diese das von uns ihnen aufgezwungene Joch nicht mehr tragen wollen und nach Freiheit, der selbstverständlichen, verlangen; was hilft es uns allen, unsern Seelen, dem wahren Leben, wenn wir letzten Endes durch solch ein Verhalten uns Lügen strafen und die erhabenen Lehren, die wir selbst verkünden, immer wieder in den Staub treten und uns den Haß und die Verachtung der ganzen übrigen Menschheit zuziehen? Der „Kampf gegen die weiße Rasse" muß von uns selbst geführt werden, sonst werden ihn die Fabigen gegen uns führen."

Diese letzte Stimme weckt wieder den Gedanken, der bei manchem nicht zurRuhe kommt: Wo liegt jetzt die Hauptaufgabe für die gläubige Christenheit — hier in der Heimat oder draußen auf dem Missionsfeld, das uns jetzt wieder mehr geöffnet wird? Wir wollen uns gewiß nicht den Blick für die Weiten des Reiches Gottes verengen lassen, möchten aber doch meinen, das größte Missionsfeld und das wichtigste ist die sogenannte Christenheit. Imperialismus, Kapitalismus und Chauvinismus sind größere und gewaltigere Götzen als die Fetische der Neger! In ihrer Herrschsucht, Habsucht und Ungerechtigkeit zieht sich die weiße Rasse den Haß der übrigen zu; wehe, wenn dieser zur Explosion kommt, — 980 Millionen Gelbe und Braune und 150 Millionen Schwarze stehen wie eine Sintflut auf und fegen die 270 Millionen Germanen und 167 Millionen Romanen hinweg. Um so bewußter muß sich die Schar gläubiger Bekenner rüsten, um ihres Prophetenamtes zu warten. In diesem hat man nicht nach dem Erfolg zu fragen, nicht nach der Meinung der Leute —, ob es ihnen gefällt oder nicht, sollen wir lebendige Zeugen der Wahrheit sein und bleiben, die auch für dieselbe zu leiden wissen. Wehe dem Wächter, der nicht die Posaune bläst, wennGefahr im Anzug.

K. M.

—oo—

Einwandererfürsorge in Kanada.

Von der gesamten lutherischen Kirche Kanadas ist Ende vorigen Jahres zum ersten Male eine Persönlichkeit zur Wahrnehmung der Geschäfte eines Einwandererpfarrers in Montreal angestellt worden. Dieser Schritt ist für die deutsche Auswandererfürsorge außerordentlich wertvoll. Denn die Auswandermission in Hamburg (Berliner Tor 5) und Bremen (Georgstraße 22) haben in der Evangelical Lutheran Immigrant Mission, Montreal eine vertrauenswürdige Stelle, an die sie Auswanderer verweisen können. Es ist dies um so mehr zu begrüßen, als alle Einwanderer, ob sie nun in St. John oder Halifax landen, oder nach Quebeck reisen, auf jeden Fall über Montreal müssen.

Was die Liebe vermag

Roman von Eduard Wagner.

55. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

Valerie barg überglücklich ihr Antlitz an seine Brust; er liebte sie unwandelbar, und diese Ueberzeugung erfüllte sie mit namenloser Wonne.

„Wissen die Reynolds, wo du dich befindest, Valerie?" fragte Sir Arthur. „Sie haben mir jede Auskunft über dich verweigert."

„Sie waren grausam gegen mich, Arthur. Ich will nichts mehr von ihnen hören, sie niemals wiedersehen! Mit dem neuen Leben, das ich begonnen habe, möge das alte für immer vergessen sein!"

„Du hast recht, Valerie, lassen wir die Vergangenheit und wenden wir uns der Gegenwart zu," erwiderte der junge Baron. „Ich werde dir morgen durch deinen Vormund vorgestellt werden, und für die Welt beginnt dann erst unsere Bekanntschaft."

„Dann darfst du aber heute nicht länger hier verweilen; verlaß mich jetzt, Arthur," bat Valerie.

Baron Rushfield fand es sehr hart, so rasch seine wiedergefundene Braut verlassen zu müssen; aber er mußte sich fügen, und nach wenigen Minuten des innigstens Abschiednehmens sah sich Valerie wieder allein.

„Wie bin ich so schwach," dachte sie. „Die Freude ihn wiederzusehen, ließ mich alle meine Vorsätze vergessen! Die Erbschaft und der Umstand, daß ich des Grafen St. Berrys Mündel geworden bin, löschen nicht die Schmach von meiner Geburt, die mir verbieten, Arthurs Hand anzunehmen. O, nein, ich darf ihm niemals angehören. Ich habe nur eine Pflicht, und die ist: meine arme Mutter zu retten und ihr Leben zu verschönern. Ich will alles aufbieten, um sie endlich aufzufinden."

Ihr Selbstgespräch wurde durch das rasche öffnen der Flügeltüren unterbrochen, durch die ein Diener hereintrat und Martin Clifford anmeldete.

31. Kapitel.

Ein Mitwisser.

So sehr dieser Besuch Cliffords wegen der vorgerückten Abendstunde Valerie überraschte, so begrüßte sie ihn doch freundlicher als sonst. Sie bemitleidete ihn, daß er durch das Testament so bitter enttäuscht worden war. Und dadurch, daß er sein Mißgeschick mit edlem Gleichmut ertrug, hatte er in ihren Augen uml viel gewonnen. Diese Betrachtungen in Verbindung mit der Glückseligkeit über das unerwartete Wiedersehen ihres Geliebten gaben ihrem Wesen eine Wärme, die Mr. Clifford auf das angenehmste überraschte. Endlich durfte er den ersten entscheidenden Schritt zur Erreichung seines Zieles unternehmen.

„Ich wußte, daß Graf St. Berry nicht zu Hause sei," begann er, Valeriens Hand an seine Lippen führend. „Mein Besuch gilt Ihnen, Miß Gloom. Ich habe Ihnen eine höchst wichtige Mitteilung zu überbringen. Sagen Sie mir, erinnern Sie sich noch jenes Abends, als ich Ihnen meine Hand antrug? Sie haben ihn gewiß vergessen?"

„Nein, nein! Aber ist es denn notwendig, daß wir nochmals davon sprechen?" sprach das junge Mädchen verwirrt.

„Ja. An jenem Abend gestand ich Ihnen, daß ich Sie liebe, wie ich noch nie ein Weib liebte, und dieses Geständnis möchte ich heute wiederholen; ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß ich Sie einst doch noch die Meine werde nennen dürfen."

Die feste Entschlossenheit, mit der er diese Worte sprach, überraschte Valerie und machte sie zugleich seltsam beklommen. Clifford bemerkte diesen Eindruck, der sich in ihrem Wesen kundgab, und fuhr des halb rascher fort:

„Verzeihen Sie mir die Kühneit, mit der ich es wagte, jenen Abend in Ihr Gedächtnis zurückzurufen. Aber ich mußte es, um Sie an die Worte zu erinnern, die Sie zu mir sprachen. Sie sagten, daß ein Geheimnis Ihre Herkunft verhüllte, welches Sie zwänge, ihren Lebensweg allein zu wandeln. Aber Sie gaben mir keine Andeutung zur Lösung dieses Rätsels. Doch als Sie mich verlassen hatten, sah ich einen Brief am Boden liegen, den nur Sie verloren haben konnten."

„Einen Brief?" fragte Valerie erbleichend.

„Ja, einen Brief. Ich hob ihn in der Absicht auf, Ihnen denselben zu geben. Als ich ihn jedoch in der Hand hielt, löste sich der Verschluß, und mein Auge fiel unwillkürlich auf eineStelle, die nur von Ihnen hätte gelesen werden sollen. Hier ist der Brief, ich stelle Ihnen endlich Ihr Eigentum wieder zu."

Er gab das zerknitterte Blatt an Valerie, welche es rasch überflog und dann verwirrt in ihrer Tasche verbarg.

„Sie kennen den ganzen Inhalt des Briefes?" fragte sie zaghaft.

„Ja, ich weiß alles," erwiderte Clifford freimütig. „Ich kenne sowohl ihren wirklichen Namen, wie den Ihrer erbarmungslosen Verwandten; aber Ihr Geheimnis ruht sicher in meiner Brust. Aus Mr. Peasons Zeilen erfuhr ich, daß Sie Ihre Mutter nicht gekannt haben, daß sie jedoch noch wahrscheinlich lebt, und daß Sie sich mit Ihrer ganzen Seele danach sehnen, Ihre Mutter aufzufinden."

„O, Mr. Clifford!" rief Valerie wie niedergeschmettert aus. „Sie wissen alles, — es ist so, wie Sie sagen. Aber wenn ein Zufall Sie zum Mitwisser meines Geheimnisses werden ließ, weshalb ersparen Sie mir diese Demütigung nicht?"

Sie senkte traurig das Haupt, und ihre Augen suchten den Boden. Wie glücklich war sie noch vor wenigen Minuten, als sie Arthur wiederfand, und nun war es, als ob plötzlich ein Gewitter aufgezogen sei, das seine vernichtenden Blitze auf ihr Haupt herabsenden wollte.

Clifford betrachtete mit erhöhter Bewunderung das junge Mädchen, das ihm in dem sie überwältigenden Schmerz nur noch schöner und begehrenswerter erschien.

„O, Valerie, nehmen Sie diese Worte zurück," rief er, „hören Sie mich weiter an. Nachdem ich den Brief gelesen, eilte ich nach London. Ich kannte nur noch eine Aufgabe, — Ihre Mutter aufzusuchen. Lange Zeit suchte ich wie ein Geheimpolizist nach ihr — und endlich fand ich —"

„Sie fanden Sie? Sie fanden meine Mutter?" rief Valerie, indem sie aufsprang und Cliffords Hand ergriff. „O, sagen Sie mir, wo ich sie finde?"

„Sie ist in London," lautete die Antwort.

„Sie haben mit ihr gesprochen?"

„Ja," erwiderte Clifford. „Ich erzählte ihr von Ihnen. Sie hat bisher geglaubt, daß Sie glücklich und wohlgeborgen in dem alten Farmhause der Reynolds lebten."

„Weshalb hat sie mich niemals aufgesucht?"

„Ihre Mutter konnte sie weder besuchen, noch Ihnen schreiben, weil noch immer jener Makel auf ihr haftet," antwortete Clifford. „Aber sie ist Ihrer würdig, Valerie, und verdient, von Ihnen geliebt und verehrt zu werden."

Wie eine himmlische Botschaft klang dem Mädchen diese Nachricht. Cliffords Worte erfüllten sie mit Vertrauen auf die Zukunft.

„Erzählen Sie mehr von meiner Mutter," bat sie flüsternd. „Gewiß muß sie sich ihren Unterhalt mühsam als Erzieherin erwerben. Wie danke ich Miß Winham für ihre Güte, die mich nun in den Stand setzen wird, meiner Mutter ein sorgenfreies Dasein zu bieten. O, Mr. Clifford, Sie müssen mich zu ihr führen und das recht bald! Ich sehne mich nach dem Augenblick, wo ich endlich meine teure Mutter wiederfinden und in ihre Augen blicken darf."

„Auch Ihre Mutter sehnt sich leidenschaftlich nach Ihnen, Valerie; aber weil sie nicht frei, über ihre Zeit verfügen kann, wird sie übermorgen mit Ihnen an einem dritten Ort zusammentreffen."

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Provinzen.

Waffendiebstahl.

Dortmund, 23. März. Mittels Schaufenstereinbruchs wurden aus einer Waffenhandlung fünf Pistolen gestohlen. Es handelt sich um die Fabrikate Sauer, Kal. 7,65; Walter, Kal. 7,65; kleine Walter, Kal. 6,35; Mauser, Kal. 7,65 und Schmeißer. Vor Ankauf wird gewarnt. Bearbeitende Dienststelle: Krim.-Kommissariat II, Rathenauallee 1, Zimmer 114.

Der Kampf um das Freibad.

Dortmund, 23. März. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung stand wiederum die Freibaddebatte auf dem Programm. Durch das korrekte handeln der Demokraten wurde das Freibad nicht zu einem politischen Gewässer, sondern die Leitung dem Schwimmklub „Augir" übertragen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung boten wenig Anlaß zu Debatten. Nur die geplante Erhöhung der Straßenreinigung rief die einzelnen Fraktionen auf den Plan, weil die Linke die Mehrkosten durch die Gewerbesteuer decken wollte, whrend die Rechte der Auffassung war, die Kosten müßten auf die Nutznießer umgelegt werden. Der sozialistische Antrag, beim Wohnungsamt eine Abteilung für Wohnungstausch einzurichten, fand Annahme, trotzdem man wußte, daß dadurch mehr Beamte nötig werden. Die Kommunisten holten sich am Schluß der Sitzung noch eine gründliche Niederlage. Ihre beiden Dringlichkeitsanträge wurden zur Besprechung gar nicht erst zugelassen. Die Verhandlungen verliefen friedlicher, als man geahnt hatte.

Selbstmorde.

Dortmund, 23. März. Am Freitag ereignete sich hier ein Selbstmord. Der 29jährige Alois Terinde, wohnhaft in Heeßen, hatte in der bekannten Straße die Nacht verbracht und schtß sich morgens gegen 8 Uhr eine Kugel durch die Schläfe. Anscheinend hat er diese Tat wegen Familienzwistigkeiten begangen. Schwer Verletzt mußte er sofort dem Brüderhospital zugeführt werden, wo er kurz nach der Einlieferung seinen Verletzungen erlegen ist. — Ein ähnliches Schicksal ereilte dem alten Knappe aus der Lagerhausstraße, K. hatte, als er einen Korn trinken wollte, die Flasche mit Salzsäure ergriffen. Auch er ist im Brüderhospital gestorben.

Die Zukunft der alten Justizgebäude.

Hagen, 23. März. Die wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Justizfiskus haben dazu geführt, daß dieser den Kaufpreis für die alten Justizgebäude an Hoch- und Kirchstraße um 50 000 ℳ herabgesetzt und die Zahlung der ersten Jahresrate auf die Kaufsumme um ein Jahr hinausschieben will. Es bleibt abzuwarten, ob eine Einigung auf dieser Grundlage zustande kommt. Die Gebäude verfallen von Tag zu Tag mehr und befinden sich in einem völlig verwahrlosten Zustand. Die bescheidenste Instandsetzung wird sehr viel Geld kosten. Bisher steht noch nicht fest, welchem Zwecke die Räume dienen sollen, wenn sie in den Besitz der Stadt gelangt sind.

Münzenfund.

Hohenlimburg, 23. März. Im benachbarten Rennerne in der Nähe von Wiblingwerde fand man dieser Tage beim Abfahren eines uralten Steinhaufens eine silberne Schwedenmünze aus dem Jahre 1676 und einen alten eisernen Gewichtstein, der nicht näher zu bestimmen war, weil die Zeit zu sehr an ihn genagt hatte. Die Geldmünze ist aber tadellos erhalten. Ebenso fand ein Schüler letzthin in der Mülmecke beim Aufhacken des Bodens eine Anzahl Münzen aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III. Es sind preußische Reichstaler aus Zinn geprägt, sie gleichem unserem Notgeld aus der Kriegszeit. Da an der Fundstelle früher Drahtrollen gestanden haben, ist die Herkunft der Münzen wohl zu erklären.

Große Zahl der Lernanfänger.

Hohenlimburg, 23. März. Die Zahl der Lernanfänger in den hiesigen Volksschulen ist gegen die Vorjahre ganz bedeutend gestiegen. Zur Anmeldung gelangten in den evang. Schulen 280, darunter die Wesselbachschule allein mit 94 Lernanfänger. In der kath. Weinhofschule wurden 70 angemeldet. Sehr wahrscheinlich wird aber vom nächsten Jahr ab ein gewaltiger Rückschlag eintreten. — Durch die Steigerung der Zahl der Lehranfänger könnte es möglich werden, daß man die immer größer werdende Not der Junglehrer zum Stehen bringt, indem eine Zahl der Junglehrer Anstellung finden.

Bubenstreiche.

Vorhalle, 23. März. Zwei junge Burschen spannten am Freitagabend ein dünnes starles Seil über einen Bürgersteig der hiesigen Zieglerstraße, welches stramm angezogen und in der Dunkelheit nicht sichtbar war. Nachdem jedenfalls schon mehrere Personen vor dem Seil nicht ohne Schrecken zurückgeprallt waren, nahm sich ein Straßenpassant vor, die Burschen ausfindig zu machen, was auch kurz darauf gelang. Es handelt sich um zwei schulpflichtige Knaben von hier, die von weitem das Ergebnis ihres Streiches beobachteten.

Raubmord.

Witten, 23. März. Im nahen Kruckel, in der Nähe der Glashütte Hofmann, ist ein Raubmord verübt worden. Der Ermordete ist offenbar von den Tätern auf den Bahnkörper gelegt worden und dann vom Zuge überfahren worden. Er hatte am Abend in einer Wirtschaft 50 ℳ gewechselt. Bei Auffindung der Leiche war dieser Betrag nicht mehr vorhanden. Ebenso wird die Uhr vermißt. Die polizeilichen Ermittelungen sind im Gange; es liegt zweifellos ein Raubmord vor.

Ein aufregender Vorfall.

Annen, 23. März. Ein aufregender Vorfall ereignete sich am Sonntag nachmittag bei Abfahrt des Zuges 3 Uhr nach Dortmund in der Nähe des Bahnüberganges am Bahnhof Annen-Nord. Der Zug war schon in voller Fahrt, als sich der Erwerbslose B. aus der Steinstraße über die Einfriedigung schwang und sich vor den Zug warf. Der Räumer der Lokomotive erfaßte ihn und schleppte den Bedauernswerten eine Strecke mit. B. kam vollständig unter den Zug zu liegen und erlitt schwere Verletzungen, sodaß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Was den Unglücklichen zu dieser Tat getrieben hat, ist unbekannt.

Die gestohlenen Betten!

Mengede, 23. März. Eine nette Episode spielte sich in Mengede ab. Dort waren einem Anwohner der Viktoriastraße vor 4 Jahren aus seinen parterre gelegenen Schlafräumen die Betten in ziemlichen Werte gestohlen worden. Alle Nachforschungen führten damals zu keinem Ergebnis. Der Bestohlene hatte seinen Schmerz längst vergessen, als er jetzt zu seinem größten Erstaunen seine Betten bei einer Famalie, die er geschäftlich aufgesucht hatte, wieder erkannte. Die Polizei, welche die Sache sofort eingehend untersuchte, beschlagnahmte die Betten und stellte sie dem vor 4 Jahren Bestohlenen wieder zu.

Früh übt sich...

Wattenscheid, 23. März. Die beiden Lehrlinge, die kürzlich bei der Amtssparkasse in Westenfeld 8700 ℳ unterschlugen, sind, nachdem sie sich in verschiedenen holländischen Städten herumgetrieben, in Heidelberg festgenommen worden. Sie hatten noch über 6000 Mark und außerdem ein Motorrag, in Holland gekauft, bei sich.

—oo—

Landesbank der Provinz Westfalen.

Der Jahresbericht der Landesbank der Provinz Westfalen in Münster für das Jahr 1925 ist nunmehr erschienen. Er bringt ein reiches statistisches Material, aus dem sich ersehen läßt, daß der vielseitige Betrieb dieser Landesbank, die auch zugleich Girozentrale für die westfälischen Sparkassen ist, sich in erfreulicher Entwicklung befindet. Der Bericht hebt hervor, daß die Hauptaufgabe der Landesbank die Versorgung der westfälischen Gemeinden und Gemeindeverbände mit langfristigem und kurzfristigem Kredit sei. Hierfür haben der Landesbank aber im Berichtsjahr keinerlei langfristige Mittel zur Verfügung gestanden, da sie sich wegen der hohen Zinsbelastung für den Darlehensnehmer nicht entschließen konnte, 10 % ige Schuldverschreibungen auszugeben. Am Ende des Berichtsjahres wurde eine 8 % ige Feingoldanleihe aufgelegt, die inzwischen bis auf einen kleinen Restbetrag abgesetzt ist. Die Verrechnung erfolgt im kommenden Geschäftsjahr. Der Gesamtbetrag der von der Landesbank an lang- und kurzfristigen Krediten seit der Stabilisierung der Währung an die Provinz und die Gemeinden und Gemeindeverbände ausgegebenen zurzeit noch bestehenden Kommunaldarlehen belief sich am Ende des Berichtsjahres auf 61 Millionen Reichsmark und übersteigt damit, wie der Bericht mitteilt, denjenigen Höchstbetrag, den die Landesbank vor dem Kriege, als sie noch das gesamte Kreditbedürfnis der westfälischen Sparkassen restlos befriedigen konnte, jemals in der gleichen Zeit aufgebracht hatte. Soweit diese Kommunalkredite ihrer Natur nach langfristig sind, werden sie nunmehr mit den Mitteln aus der 8 % igen Feingoldanleihe konsolidiert. Dasselbe gilt für die Zwischenkredite für werbende Anlagen der Kommunen, für welche Mittel aus der Auslandsanleihe der Deutschen Girozentrale zur Verfügung gestellt sind. Der Bericht enthält auch nähere Angaben über die Zinssätze für Kommunalkredite, auf deren Abbau die Landesbank bedacht ist. Die zweite Hauptaufgabe der Landesbank ergibt sich aus ihrer Stellung als Girozentrale für die Provinz Westfalen und Mitglied des Deutschen Giroverbandes. Die Entwicklung der westfälischen Sparkassen war im Berichtsjahre eine überraschend günstige. Die Spareinlagen waren um 120 Millionen auf fast 200 Millionen Reichsmark gestiegen und die Giro- und Scheckeinlagen von 58 auf 65 Millionen Reichsmark. Die Guthaben der Sparkassen bei der Landesbank beliefen sich am Ende des Berichtsjahres auf 39 Millionen Reichsmark. Der Entwicklung der Sparkassen entsprach auch die Steigerung des Giro- und Scheckinkassoverkehrs bei der Landesbank. Die Zahl der von der Landesbank einkassierten Schecks betrug 1¼ Millionen Stück. Der Bericht teilt mit, daß die Landesbank im Berichtsjahre Verluste nicht gehabt hat und daß aus den laufenden Geschäften solche nicht zu erwarten sind. Kredite an Private hat die Landesbank niemals gegeben und sich überhaupt von jeher von dem Privatbankgeschäft fern gehalten. Die Bilanzsumme schließt auf jeder Seite mit 119 Millionen Reichsmark ab. Nach Deckung der Verwaltungskosten verblieben 515 000 Reichsmark Reinüberschuß, von denen 27 000 Reichsmark auf Immobilien abgeschrieben wurden, 273 000 Reichsmark zur Stärkung des Reservefonds verwendet, 215 000 Reichsmark stehen zur Verfügung der Provinz.

—oo—

Provinzialverband für Kriegsbeschädigte

Der Kyffhäuserbund, der die Kriegervereine Deutschlands zusammenschließt, konnte unmittelbar nach dem Kriege zunächst sich nicht in dem Umfange der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge annehmen, weil Sonderorganisationen außerhalb dieses Verbandes sich für diese höchst wichtigen Aufgaben gebildet hatten. In den letzten Jahren ist dies anders geworden. Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die dem Kyffhäuserverband angehören, haben jetzt selbst innerhalb ihres Verbandes eine Organisation gebildet, die sich dieser Fürsorgearbeit widmet. Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die noch nicht zu dieser Organisation gehören, treten ihr bei, um dort eine bessere Vertretung ihrer Interessen zu finden. Am 13. März tagte zum ersten Male die Provinzialvertretung von Westfalen unter dem Vorsitze von Lehrer Schleef-Unna, um noch weiter diese Organisation zu festigen und auszubauen.

Wahrt den Aufwertungstermin zum 31. März

Trotz der Hochflut von Broschüren und Zeitungsartikeln über die Aufwertungsfrage stoßen wir immer wieder darauf, daß trotz allem ein nicht geringer Teil der Bevölkerung nicht genau über die Termine unterrichtet ist, die er zur Innehaltung der Aufwertungsrechte unter allen Umständen wahren muß. Da eine ganze Anzahl Fristen am 31. März abgelaufen sind, weisen wir im folgendem noch einmal kurz auf die wichtigsten Punkte hin:

Bis zum 31. März müssen erfolgt sein: a) alle Anträge wegen höherer Aufwertung einer persönlicher Forderung; b) alle Anträge wegen Herabsetzung der Aufwertung einer Hypothek; c) alle Anträge der Hypothekengläubiger auf vorzeitige Rückzahlung (diese Möglichkeit ist in den meisten Kreisen unbekannt); d) alle Aufwertungsanträge für Altbesitzanleihen des Reiches und der meisten ehemaligen Bundesstaaten. Am 31. März läuft gleichzeitig die Frist ab bis zu der die Schuldner von Industrieobligationen eine Herabsetzung der Obligationsaufwertung beantragen können.

a) Die Anmeldung des Anspruchs auf höhere Aufwertung einer persönlichen Forderung. Es handelt sich hier um die in § 10 des Aufwertungsgesetzes gegebenen Möglichkeiten (bei Restaufgeldern, Erbschaftsansprüchen usw.) für diese Gruppe der durch Hypothek gesicherten Forderungen, unbeschadet der dringlichen Aufwertung der Hypothek selbst, mit 25 v. H., eine höhere Aufwertung der persönlichen Forderung ist zu beantragen.

b) Die Anträge auf Herabsetzung einer Hypothek müssen auf Grund des § 8 des AWG. ebenfalls bis zum 31. März bei der Aufwertungsstelle gestellt werden. Der Grundstückseigentümer darf also nicht etwa abwarten, bis sein Hypothekengläubiger an ihn herantritt, um dann erst seinen Widerspruch oder Antrag auf Herabsetzung zu erheben. Soweit sich aus den bisherigen Erfahrungen ersehen läßt, ist ein Antrag auf Herabsetzung der Aufwertung einer Hypothek nur dann erfolgreich, wenn eine wesentliche Wertverminderung des Grundstückes (unter Umständen durch die Zwangswirtschaft) bewiesen werden kann. Persönliche Notlage des Grundstückseigentümers allein dürfte im allgemeinen geringe Aussicht zu einer Herabsetzung der Hypothekenaufwertung bieten.

c) Antrag auf vorzeitige Rückzahlung der Hypothek. Der § 27 des AWG gibt dem Gläubiger einer Hypothek die Möglichkeit, bis zum 1. April 1926 bei der Aufwertungsstelle zu beantragen, daß der Grundstückseigentümer oder der persönliche Schuldner bereits schon jetzt ganz oder teilweise zu einer Auszahlung des Aufwertungsbetrages verpflichtet werden kann. Der Antrag kann nur gestellt werden, wenn der Grundstücksbetrag nicht durch die Zwangswirtschaft geschmälert wird und der Grungstückseigentümer oder der persönliche Schuldner keine erhebliche Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage erleidet und die wirtschaftliche Lage des Gläubigers es dringend erfordert. Im allgemeinen wird die Entscheidung der Aufwertungsstelle nur auf die Anordnung vorzeitiger Zahlungen von höchstens 10 v. H. des Aufwertungsbetrages und 1000 Goldmark hinauslaufen, wobei ein Diskont in Abrechnung gebracht wird.

d) Die Anmeldung von Reichsanleihen bis zum 31. März. Diese Frist war ursprünglich auf den 28. Februar angesetzt. Trotz aller Zeitungsnachrichten hat ein erheblicher Teil der Altbesitzer seine Ansprüche nicht gewahrt und auch jetzt kommt es immer noch vor, daß Altbesitzer von Kriegsanleihen überhaupt nicht wissen, daß sie ihre Ansprüche anmelden müssen. Diese unverständliche Gleichgültigkeit wird jedem Altbesitzer zum Verhängnis, der nicht bis Ende dieses Monats seinen Antrag durch eine Vermittlungsstelle stellt. Es kommt nicht nur eine Anmeldung der Kriegsanleihen und der übrigen Anleihen in Frage, sondern auch eine Anmeldung der meisten bundesstaatlichen Anleihen, da diese durch den Uebergang der bundesstaatlichen Eisenbahn in die Reichseisenbahn Reichsschulden geworden sind. Jeder Altbesitzer muß seinen Antrag selbst stellen. Er darf sich also nicht darauf verlassen, daß Banken, Sparkassen oder Privatpersonen, die für ihn die Stücke aufbewahren oder verwalten, auch für ihn den Aufwertungsantrag stellen. Dazu sind diese gar nicht in der Lage, weil jeder Altbesitzer ja nicht nur den Antrag selbst unterzeichnen, sondern auch eine Altbesitzbegründung ausfertigen und durch Beibringung von Unterlagen bestätigen muß.

Für die Frauenwelt.

Die indische Frau.

Von L. P. Varma, Kampur in Indien.

Die sozialen Gebräuche und Gewohnheiten und Sitten Indiens sind so völlig von denen anderer Länder verschieder., daß es für einen Fremden, besonders einen Europäer, der nicht die Sprache und Literatur des Landes studiert hat und nicht in beständigem persönlichen Verkehr mit dem indischen Volke steht, kaum möglich ist, es im richtigen Lichte darzustellen. Dies ist besonders der Fall bei der Beurteilung der Frauen Indiens. Für gewöhnlich besteht die Anschauung, daß die Frauen dort keine besondere Stellung in der Gesellschaft einnehmen, daß sie keine Ansprüche auf Rechte besäßen. Ich will zeigen, in welchem Verhältnis der Hindu zu seiner Frau steht und welchen Weg die Frau selbst eingeschlagen hat.

Der Hindu glaubt, daß eine Beschränkung der sozialen Freiheit der Frau eine automatische und wirksame Beschränkung der sozialen Freiheit des Mannes bedeute. Auch sonst wird die Frau sehr hoch geachtet. Politisch besitzt sie dieselben Rechte wie der Mann, um die in Europa mancher heftige Kampf stattgefunden hat. Im Hause ist ihre Stellung einzigartig, denn „für einen Hindu ist sein Haus ein Tempel und die indische Frau in diesem Tempel die Hohepriesterin." Hier erst entfaltete sie ihre Vorzüge und Tugenden. Körperliche und seelische Reinheit sind ihr Ideal, und niemand darf die Heiligkeit ihres Tempels entweihen.

In der Regel nimmt der Hindu sein Mahl zu Hause ein, denn für ihn ist die Speise heilig, und ihre Reinheit muß bewahrt werden. Darum wird eine indische Frau keine Mahlzeit bereiten, ehe sie nicht ihre Waschungen und Gebete verrichtet hat. Es ist eine indische Redensart, daß man schmecken könne, wenn das Essen mit Liebe zubereitet ist. Denn man kann die Liebe herausschmecken. Das ist einer von den vielen Gründen, warum der Mann stets zu Hause ißt.

Das Familienleben ist anders als in den westlichen Ländern. Das Band der Liebe ist besonders stark. Die Mutter wird verehrt, denn sie ist das Symbol der Mutterschaft des Gottes. Der Sohn erblickt in der Mutter eine Gottheit und die Frau in ihrem Gemahl einen Gott. Das Verhältnis zwischen Bruder und Schwester ist besonders zart und innig. Es gibt im Jahre einen Tag, „Tag der Brüder" genannt, an dem die Brüder ihre Schwestern mit Geschenken besuchen und ihren Segen empfangen.

Die Heirat ist für den Hindu kein Vertrag, sondern die Vereinigung zweier Seelen, um das Lebensideal zu verwirklichen. Bei allen sozialen und religiösen Handlungen sind Mann und Frau gleichberechtigt. In dem Augenblick, wo die Vereinigung durch die Heirat stattgefunden hat, hört jede Trennung für immer auf. Und so stark ist diese Vereinigung, daß sie die Frauen dazu trieb, sich auf den Scheiterhaufen ihrer Gatten lebendig verbrennen zu lassen.

Man erzählt, daß, als Prithi Raj, der letzte der indischen Kaiser, durch das hinterlistige Verhalten seines Feindes beseitigt und erschlagen worden war, der Mogul-Kaiser verlangte, daß Prithi Rajs schönes Weib seine Braut werden sollte. Die Kaiserin unterdrückte ihren Schmerz und bat nur, er möge ihr erlauben, die letzten Zeremonien für ihren toten Gemahl zu veranlassen. Der Holzstoß, auf dem die Leiche gelegt war, wurde in Brand gesteckt, und als die Flammen emporloderten, sprang Sanjugta in das Feuer mit dem Ruf: „Ich komme zu dir, mein Geliebter!" und starb den Flammentod.

Zwei Dinge beeinflussen am tiefsten das Leben des Mannes: sein Beruf und seine Frau. Wenn diese ein guter und taktvoller Lenker ist, kann sie das unbändige Pferd dazu bringen, den Wagen des Lebens nach ihrem Wunsche zum Ziele zu führen. Goethe sagt:

„Dienen lerne beizeiten das Weib nach ihrer Bestimmung,
Denn durch Dienen allein gelangt sie endlich zum Herrschen,
Zu der verdienten Gewalt, die doch ihr im Hause gehört."

In Indien lehrt die Mutter ihre Tochter von Anfang an, nicht ihrem Gatten zu mißfallen, und sagt ihr, daß, wenn sie durch eigene Schuld sein Mißfallen erregt, sie unter dem Dache der Mutter keinen Schutz finden würde. Darum geht die junge Frau in das Haus ihres Gatten mit dem festen Willen und bestimmten Ziel, ihrem Gemahl zu folgen. Dieser Wille befähigt sie aber, mit feinem Takt über ihn zu herrschen. So zornig sie auch über ihn gelegentlich sein mag, sie würde nie dulden, daß jemand respektlos über ihn in ihrer Gegenwart spräche. Laß die Menschen sagen, was sie wollen, laß die Frauen klatschen, so viel sie mögen, sie wird allein auf ihren Gatten hören. Wenn er unfreundlich zu ihr ist, wird sie ihn durch Liebe und Sanftmut gewinnen. Kümmert er sich nicht um seine Pflichten, so wird sie ihn durch ihre Liebe dazu zurückführen. Und was für die Frau gilt, gilt ebenso für den Mann. So unglücklich er sich fühlen mag, er wird versuchen, alles mit Geduld zu ertragen und sein Unglück zu vergessen, indem er an ihre Tugenden denkt. Denn sie ist seine vertrauensvolle und ergebene Gefährtin, die Mutter seiner Kinder und die Erhalterin seiner Rasse.

Verantwortl. für Kunst u. Wissen, Theater u. Konzert, Turnen u. Sport: Theo Schäfers, Schwerte.